

# Die Grundirrtümer des Neoliberalismus

---

Die Grundirrtümer und die Grundirrtümer und  
die Grundirrtümerirrtümerirrrrrtümer

Fred Schmid: **Irrtum Nr. 1**

**Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig,  
weil Löhne und Sozialstaat zu teuer kommen.**

Franz Garnreiter: **Irrtum Nr. 2**

**Kosten senken, alle Märkte deregulieren – dann gibt es  
weder ein Absatz- noch ein Beschäftigungsproblem**

Tatjana Fuchs: **Irrtum Nr. 3**

**Das hohe Niveau der sozialen Absicherung verhindert  
marktgerechte Löhne und führt so zu Arbeitslosigkeit.**

Conrad Schuhler: **Irrtum Nr. 4**

**Die Globalisierung erhöht den Wohlstand aller Nationen und  
hilft, die Teilung der Welt in Arm und Reich zu überwinden**

Wiegand Kramer:

**"Ist Deutschland noch zu retten?" –  
vor wem oder was denn eigentlich?**

**ISW** \_\_\_\_\_ **REPORT NR. 60**

*institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.*

*Schutzgebühr: 3,00 Euro*

**LINKSNET**  **DE**  
**Portal für linke Wissenschaft  
und Politik**

Sozialismus \* Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung  
\* Blätter für deutsche und internationale Politik \*  
Das Argument \* Prokla \* Forum Recht \* Forum  
Wissenschaft \* Wissenschaft und Frieden \* IZ3W \* Das  
Blättchen \* Ossietzky \* Peripherie \* SPW - Zeitschrift  
für sozialistische Politik und Wirtschaft \* Utopie  
Kreativ \* Express \* Alaska \* Memo-Forum \* Initial

**Gemeinsam gegen den  
neoliberalen Einheitsbrei.**

**Eine menschliche,  
nachhaltige und soziale  
Politik verwirklichen.**

**Eine andere  
Politik ist  
machbar!**

**isw e.V. ist Mitglied bei LinksNet**

## **Impressum**

isw-report 60, November 2004

Herausgeber: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel. 089/130041 Fax: 168 94 15  
email: [isw\\_muenchen@t-online.de](mailto:isw_muenchen@t-online.de), [www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)  
IBAN: DE49 7009 0500 0000 9834 20, Swift-Code: GENODEF1S04

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Redaktion und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Conrad Schuhler

Layout: Monika Ziehaus

Redaktionsschluss: 1. Oktober 2004

Druck: Das Freie Buch, München

Schutzgebühr: 3,00 EUR

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Genehmigung des isw e.V.

## Inhalt

---

Editorial .....	2
Fred Schmid	
<b>Irrtum Nr.1:</b> Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig, weil Löhne und Sozialstaat zu teuer kommen. ....	3
Franz Garnreiter	
<b>Irrtum Nr. 2:</b> Kosten senken, alle Märkte deregulieren – dann gibt es weder ein Absatz- noch ein Beschäftigungsproblem, weil alle Produkte wettbewerbsfähig sind und ihre Nachfrage finden. ....	10
Tatjana Fuchs	
<b>Irrtum Nr. 3:</b> Das hohe Niveau der sozialen Absicherung verhindert marktgerechte Löhne und sorgt so für Arbeitslosigkeit. ....	14
Conrad Schuhler	
<b>Irrtum Nr. 4:</b> Die Globalisierung erhöht den Wohlstand aller Nationen und hilft, die Teilung der Welt in Arm und Reich zu überwinden. ....	19
Wigand Cramer	
"Ist Deutschland noch zu retten?" – vor wem oder was denn eigentlich? .....	26

## Editorial

Der Neoliberalismus hat in Deutschland – wie in anderen Industrieländern – die ideologische Lufthoheit inne. Ob in den Medien, unter der Talkshow-Prominenz, an Hochschulen oder Stammtischen, in Gemeinderäten oder im Bundestag, überall klappern die Gebetsmühlen, dass Wirtschaft und Gesellschaft sich nach dem Prinzip der Kostenminimierung und der Profitmaximierung der Unternehmen zu richten hätten. Löhne und Sozialstandards gelten nur noch als Kosten, als Ballast, der über Bord zu werfen ist. Immer stärkere Geschütze werden von den publizistischen Vorreitern aufgeföhren. Der Chefredakteur der Financial Times Deutschland überschreibt seine Epistel: "Rettet den Kapitalismus. Wie Deutschland wieder an die Spitze kommt." Bei Gabor Steingart, Ressortleiter Wirtschaft des 'Spiegel', lautet der Marktschrei: "Deutschland. Der Abstieg eines Superstars." Und ifo-Chef Hans-Werner Sinn, der Primus der Propagandistenschar, titelt: "Ist Deutschland noch zu retten?" Seine kaum überraschende Antwort: Nur wenn Löhne, Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards weiter drastisch abgebaut werden. Die Arbeitszeit müsste ohne Lohnausgleich auf mindestens 42 Stunden verlängert werden. Tarifautonomie und Kündigungsschutz müssten abgeschafft werden. Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen zu legen, reiche bei weitem nicht – die Sozialhilfe sei viel zu hoch. Die Steuern auf hohe Einkommen und auf Kapitalerträge müssten drastisch reduziert werden – die Gegenfinanzierung solle durch radikale Kürzung der öffentlichen Ausgaben erfolgen. Den Horrorkatalog nennt der Vorsitzende des Siemens-Konzerns von Pierer "goldrichtig". Sinns Buch sei "Pflichtlektüre".

Das isw sah es als seine Pflicht an, den als Wissenschaft getarnten Parolen der neoliberalen Propagandakompanien mit Fakten und theoretischen Analysen entgegen zu treten. Im Sommer 2004 haben wir in München ein Seminar über "Die Grundirrtümer des Neoliberalismus" angeboten, zu dem sich in wenigen Tagen über 50 InteressentInnen anmeldeten. Mit 25 von ihnen führten wir an sechs Abenden das Seminar durch. Die meisten der TeilnehmerInnen kamen aus Gewerkschaften, Attac, der Friedensbewegung und anderen Gruppen des sich herausbildenden Münchner Sozialforums. Der Erfolg des Unternehmens war beidseitig. Die TeilnehmerInnen erklärten, sie hätten die Probleme für sich selbst besser klären können und könnten sich nun auch in den Diskussionen mit KollegInnen oder in der Öffentlichkeit und auch in ihren Aktionsgruppen besser verständlich machen. Die isw-ReferentInnen lernten, dass es ein starkes Bedürfnis gibt, klarer keynesianische von marxistischen Alternativen zum Neoliberalismus abzugrenzen, und präzisere Vorstellungen zu entwickeln, wie gesellschaftliche, wie die Produktionsverhältnisse auszusehen hätten, um eine humane Nutzung der sich im globalen Maßstab entwickelnden Produktionsmittel zu sichern. Im zweiten isw-Seminar, das im November/Dezember 2004 stattfindet, sollen diese Anregungen berücksichtigt werden.

Der vorliegende Report fasst das Angebot der Seminar-Vorträge zusammen. Hinzu kommt der Text von Wigand Cramer, der sich mit dem von den Unternehmerverbänden bejubelten "6+1-Programm für den Neuanfang" von Sinn auseinandersetzt.

Fred Schmid

## **Irrtum Nr.1: Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig, weil Löhne und Sozialstaat zu teuer kommen.**

"Ist Deutschland noch zu retten?" fragt der Papst der Neoliberalen und Chef des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn. Der "kranke Mann Europas" habe seine ökonomische Potenz, sprich "Wettbewerbsfähigkeit" verloren. Nur eine Kosten-Radikalkur könne den völligen Niedergang verhindern. 40 Stunden und mehr bei gleichem Lohn müsse gearbeitet werden, dann seien auch die Arbeitsplätze wieder international konkurrenzfähig, kämen die Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot.

Permanente Überflutung mit derartigen ideologischen Produkten der CSU-gesponserten Sinn-Fabrik und anderen Ergüssen unternehmerischer Institute, medial aufbereitet von 'Bild' bis 'Spiegel' und nachgeplappert von der Großen Koalition der politischen Sozialstaat-Demontierer, haben ihre Wirkung in der Öffentlichkeit nicht verfehlt. Glaubt man Umfragen, dann sprechen sich 57 Prozent der Deutschen für unentgeltliche Mehrarbeit aus, um den "Standort Deutschland" zu retten.

Im Folgenden wird untersucht, wie es um die Stärke oder Schwäche des Standorts Deutschland tatsächlich bestellt ist; in einem weiteren Kapitel werden die ökonomischen und beschäftigungspolitischen Wirkungen einer Arbeitszeitverlängerung aufgezeigt und in einem abschließenden Absatz werden Probleme einer lohnpolitischen Strategie aufgezeigt, die sich in die neoliberale Standortlogik einzwängen lässt.

### **1. Wettbewerbs-Schwächling als Exportweltmeister**

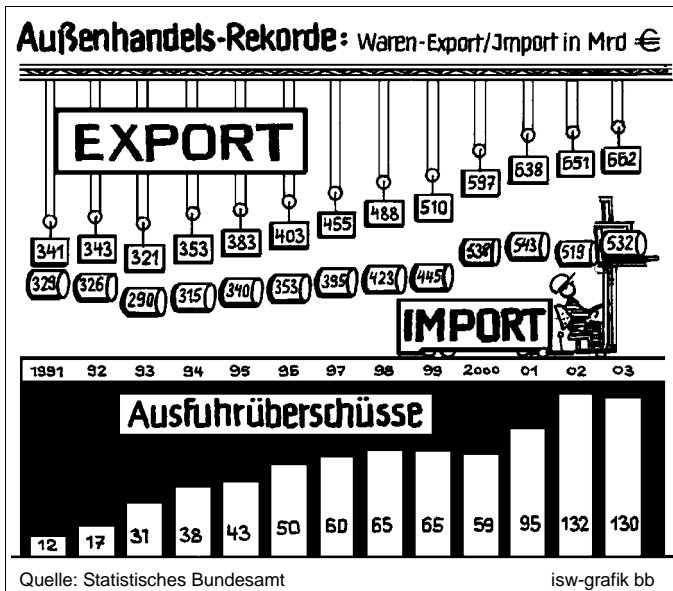
Peinlich für Ifo-Präsident Sinn: In der Erstauflage (August 2003) seines Buches "Ist Deutschland noch zu retten?" hatte er noch einen ganzen Abschnitt unter den Titel "Rückgang des Weltmarktanteils" gestellt, um daraus seine Diagnose "mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands" abzuleiten. Trotz seines Stabes von 150 Mit- und Zuarbeitern hatte der Chefökonom nicht gemerkt oder nicht wahrhaben wollen, was die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Oktober 2003 lapidar feststellte: "Seit Mitte der neunziger Jahre (!) hat Deutschland einen kräftigen Anstieg der realen Weltmarktanteile zu verzeichnen, der sich auch nach dem Beginn der Währungsunion fortsetzte." (Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2003, S. 21). Die Bundesbank resümiert: "Dies belegt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft gegenüber den Unternehmen aus anderen EWU-Ländern." (S. 28).

Es kam noch schlimmer für die Standort-Miesmacher. Im gleichen Monat Oktober meldete die OECD, dass Deutschland 2003 auch in absoluten Zahlen Exportwelt-

meister werde. Mit einem Anteil von 1,2 Prozent der Weltbevölkerung hat Deutschland einen Anteil an den Weltexporten von über 10 Prozent erzielt und die USA – mit der dreieinhalbfachen Bevölkerung und dem fünfmal größeren Bruttoinlandsprodukt (BIP) – auf Platz zwei verwiesen. Fragt sich der ideologisch Unvoreingenommene, wie ein derart postulierter Wettbewerbsschwächling die internationale Konkurrenz aus dem Felde schlagen kann. Mehr noch. Die Erhöhung des deutschen Anteils an den Weltexporten ist um so bemerkenswerter, als in den neunziger Jahren die aufstrebenden Volkswirtschaften Südostasiens auf die Exportmärkte vordrangen und Mittel- und Osteuropa in die Weltwirtschaft integriert wurden. China z.B. ist mittlerweile die viertstärkste Exportnation. Auf diese Tatsache verweist ausdrücklich die Bundesbank: "Hierdurch haben die Industrieländer insgesamt Marktanteile im Außenhandel verloren, da zum Teil andere Anbieter an ihre Stelle getreten sind. Die deutsche Wirtschaft konnte dagegen ihre internationale Wettbewerbsposition ausbauen, vor allem, weil sie die sich ergebenden Chancen im Handel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas genutzt hat". Und gegenüber den osteuropäischen Billiglohnländern satte Handelsbilanzüberschüsse erzielte, wäre zu ergänzen.

Da aber nicht sein konnte, was nicht sein durfte, verfielen Sinn und die medialen Standortkritiker aufs Tricksen. "Auf die Meldung vom neuen Exportrekord reagieren Deutschlands Radikalkritiker mit kabarettreife Bedenkenrufen", mokierte sich die Financial Times Deutschland (17.10.03). "Trügerischer Rekord", "Titel ohne Wert" titelte die SZ (16.10.03), "Statistik Trick" der 'Spiegel'. Der Anstieg des Wertanteils der deutschen Exporte sei der "kurzzeitige Effekt der starken (Euro)Aufwertung nach dem Februar 2002", so Sinn (a.a.O., S. 71). Kein Mensch fragte, ob nicht vorher der Dollar überbewertet war, der deutsche Exportanteil in Wirklichkeit längst viel größer war, als statistisch ausgewiesen. Auch die Bundesbank befasste sich in ihrer Untersuchung mit der Entwicklung des Euro-Kurses und kommt zu dem Ergebnis: "Bemerkenswert ist dabei, dass von allen EWU-Ländern, deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten durch die Euro-Entwicklung in ähnlicher Weise begünstigt wurde, vor allem Deutschland seinen realen Weltmarktanteil seit Beginn der Währungsunion nennenswert ausbauen konnte." (S. 21). Bemerkenswert ist auch, dass der deutsche Außenhandel in den Dollarraum in den letzten Jahren stärker gestiegen ist als der Intra-Handel mit den Partnern im Euro-Raum. Die Dollarabwertung hatte ja preislich die Exportchancen in den Dollarraum gemindert. Zugleich aber konnten inländische Unternehmen mit Anbietern aus anderen EWU-Ländern bestehen, hatte "sich die preisliche Wettbe-

werbsfähigkeit der inländischen Unternehmen wegen des geringeren Kostenanstiegs auch gegenüber den Konkurrenten aus den anderen EWU-Ländern verbessert" (S. 20). Dadurch weiteten deutsche Exporteure ihre Marktanteile auch innerhalb des Euro-Raums aus: "Dies belegt – wie im Übrigen andere Indikatoren ebenfalls – die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft gegenüber den Unternehmen aus anderen EWU-Ländern." (S. 28).



## Der Basar-Ökonom

Da seine Unkenrufe durch die Realität und selbst von einer neoliberalen Institution wie der Bundesbank so eklatant ad absurdum geführt wurden, musste Professor Sinn zu einer Hilfskonstruktion Zuflucht nehmen, damit seine zentrale These "mangelnde deutsche Wettbewerbsfähigkeit" nicht in sich zusammenfiel.

Der Verweis auf die Exportweltmeisterschaft sei Augenwischerei. Wegen der Standortschwäche würden immer größere Teile der Vorproduktkette in Niedriglohnländer, vorrangig nach Osteuropa verlagert. "In Deutschland wird noch die Endmontage der Industrieprodukte durchgeführt, aber der Anteil der Wertschöpfung, der in unserem Land anfällt, also der Anteil der Löhne und Kapitaleinkommen am Wert der Fertigwaren, der auf Deutschland entfällt, wird immer kleiner. Deutschland entwickelt sich allmählich in die Richtung einer Basar-Ökonomie, die die Weltmärkte mit den Waren bedient, die wir in unserem osteuropäischen Hinterland produzieren lassen. ... Der von Deutschland exportierte Audi, dessen Motor aus Ungarn kommt, wird zu 100 Prozent dem deutschen Export zugerechnet." (Hans-Werner Sinn, Der kranke Mann Europas, Ifo, 15.11.03, S. 6f). Das zeige sich auch daran, dass die reale Industrieproduktion seit dem ersten Quartal 1995 bis zum ersten Quartal 2003 um 15 Prozent gestiegen ist, die reale Wertschöpfung in der deutschen Industrie aber nur um 5 Prozent zunahm. "Offenbar entfiel der Löwenanteil des industriellen Produktionswachstums, das unsere Statistiken verzeichnen, auf die Zunahme der ausländischen Vorleistungen, die von der Industrie eingekauft wurden." (ebenda, S. 7).

Sinn beschreibt hier lediglich einen Vorgang, den man gemeinhin als "Globalisierung" bezeichnet und der für alle Industrieländer typisch ist. Die transnationalen Konzerne legen ihre Wertschöpfungsketten rund um den Globus und die einzelnen Glieder dorthin, wo es für sie am kostengünstigsten ist. Bevorzugt sind dabei grenznahe Regionen. Was für Deutschland Osteuropa ist, sind für die USA die Maquiladoras in Mexiko und im "Flying-Goose-Modell" Japans die südostasiatischen "Tigerökonomien". Der gleiche Vorwurf wird auch in Sinns Musterlände, den Niederlanden erhoben. Maarten Leen, Chefökonom der niederländischen Bank ING, hält die Zusammensetzung der holländischen Exporte für problematisch: "Produkte aus Taiwan wurden mit einer deutschen Bedienungsanleitung versehen und wieder exportiert".

Rangliste Wettbewerbsfähigkeit		
	2003 (102 Länder)	2002 (80 Länder)
Finnland	1	2
USA	2	1
Schweden	3	6
Dänemark	4	8
Deutschland	5	4
Großbritannien	6	3
Schweiz	7	5
Singapur	8	9
Niederlande	9	7
Frankreich	10	15
Australien	11	14
Kanada	12	10
Japan	13	11
Island	14	17
Belgien	15	13
Taiwan	16	16
Österreich	17	12
Neuseeland	18	22
Italien	24	24
Spanien	25	25
Russland	65	58

Quelle: World Economic Forum isw-tabelle

Zu dem von Sinn konstatierten Missverhältnis zwischen dem Wachstum der Industrieproduktion und der industriellen Wertschöpfung merkt der Chefökonom der Financial Times Deutschland, Thomas Fricke, an: "Der Haken an den Zahlen ist, dass die Wertschöpfung der Industrie auch und vor allem deshalb langsamer stieg, weil die deutschen Firmen einen internationalen Trend nachholten und Teile ihrer Produktion an Dienstleister auslagern; die entsprechende Wertschöpfung taucht jetzt in den Service-Statistiken auf, nicht in Osteuropa. Das gleiche Phänomen gibt es in den USA, wo die Industrieproduktion nach 1994 um ein Drittel, die Wertschöpfung aber nur um ein Fünftel stieg." (FTD, 6.4.04).

Würde Sinns These zutreffen, dass in deutschen Exportgütern zunehmend Vorprodukte aus Niedriglohnländern enthalten seien, dann hätten in den vergangenen Jahren die Importe schneller steigen müssen als die Exporte, vornehmlich aus den osteuropäischen Ländern. Denn die Zwischen- und Teilprodukte aus diesen Ländern gehen in

die Importstatistik ein. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Erstens: Deutschland erzielt gegenüber den "mittel- und osteuropäischen Reformländern" beträchtliche Außenhandelsüberschüsse mit steigender Tendenz. Zweitens: Der deutsche Ausfuhrüberschuss hat sich von 1995 bis 2003 verdreifacht, von 43 Milliarden Euro auf 130 Milliarden Euro. Deutschland ist nicht nur Exportweltmeister, sondern auch im Ausfuhrüberschuss – zusammen mit Japan – Weltspitze. Auch unter Berücksichtigung der Wertschöpfungsanteile aus den Niedriglohn-Ländern ist Deutschland also Spitzenreiter im internationalen Wettbewerb.

Selbst im Standort-Ranking des Genfer World Economic Forum, das auch Faktoren der Politik, Geschäftsmoral, Technologie u.ä. berücksichtigt, liegt Deutschland unter 102 Ländern auf Platz 5 – hinter drei skandinavischen Ländern und den USA. Vor Großbritannien, der Schweiz, Singapur, den Niederlanden, Frankreich usw. Deutschland hat kein Wettbewerbs- oder Standortproblem. Im Gegenteil: Wegen des permanenten Kostendumpings im Namen der "internationalen Konkurrenzfähigkeit" besteht die deutsche Krankheit in der schwindächtigen Binnennachfrage.

### Arbeitskosten und Lohnstückkosten

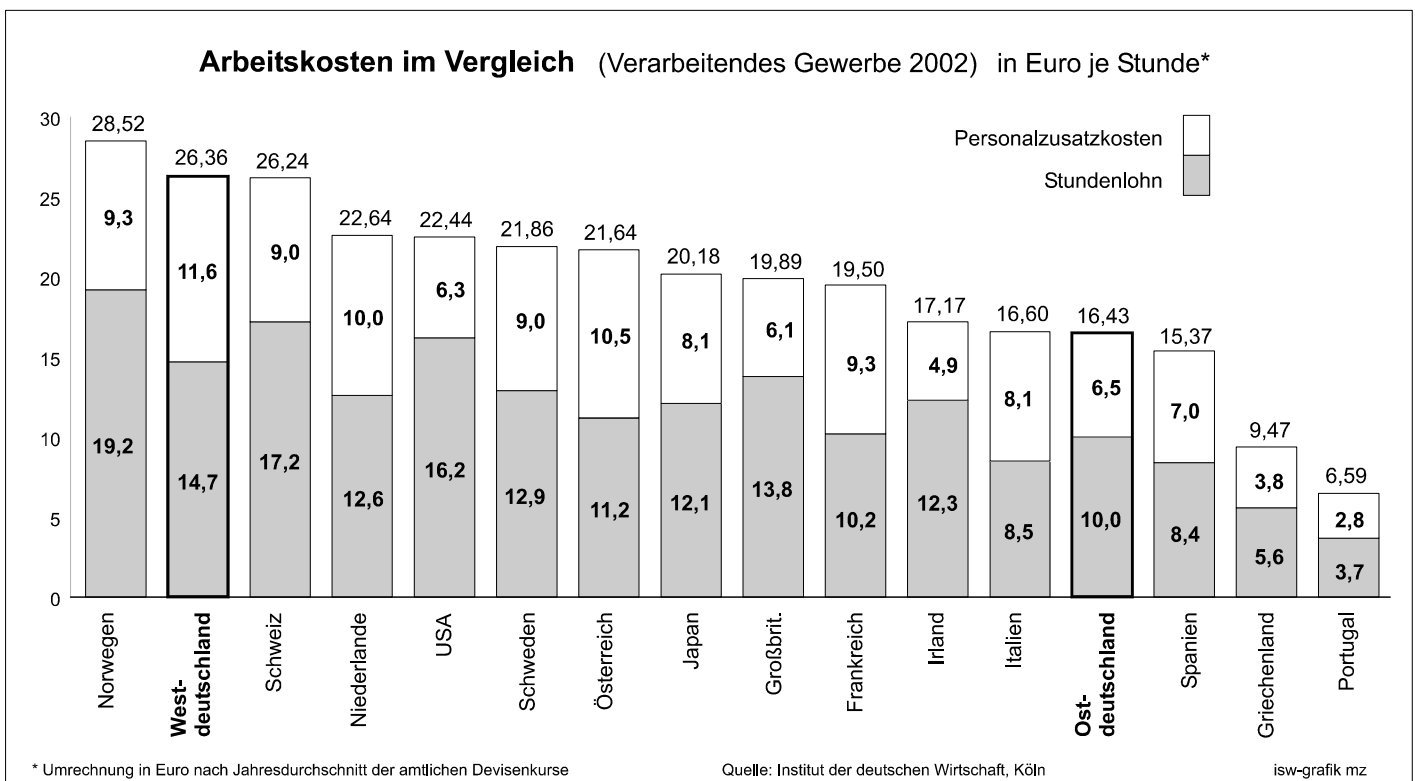
"Deutschlands Industrie hat mit Ausnahme Norwegens... die höchsten Arbeitskosten der Welt", stellt Sinn in Übereinstimmung mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) fest. Dankenswerterweise hat das Unternehmerinstitut diese getrennt nach West- und Ostdeutschland ausgewiesen. (siehe Grafik) In den neuen Bundesländern liegen die Arbeitskosten um genau 10 Euro pro Stunde oder um 38 Prozent niedriger und werden nur noch von Spanien, Griechenland und Portugal unterboten. Gemäß Sinns Theorie müsste die Wirtschaft Ostdeutschlands eine einzige blühende Landschaft sein.

Die US-Lohnkosten liegen um etwa 15 Prozent niedriger als die deutschen, moniert Sinn (a.a.O., S. 93) – was ziemlich genau der Abwertung des Dollars in den vergangenen Monaten entspricht, könnte man ergänzen. Und man fragt sich zudem, weshalb die US-Wirtschaft dann derartig gigantische Handelsbilanzdefizite hinnehmen muss. Offenbar sagen die absoluten Arbeitskosten überhaupt nichts aus über die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Erst wenn sie zur Arbeitsproduktivität in Beziehung gesetzt werden, haben sie als Lohnstückkosten eine gewisse Aussagekraft.

$$\text{Lohnstückkosten} = \frac{\text{Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (oder je Arbeitsstunde)}}{\text{Arbeitsproduktivität = BIP je Arbeitnehmer (oder je Arbeitsstunde)}}$$

In der Zählergröße "Arbeitnehmerentgelt" sind auch sämtliche so genannten Lohnnebenkosten mit enthalten, eine gesonderte Betrachtung ist überflüssig und irreführend. Auch Veränderungen der Arbeitszeit, der Feiertage und Urlaubstage gehen in die Formel ein. Verkürzt sich z.B. die Arbeitszeit je Arbeitnehmer, dann wird der Wert im Nenner – unter sonst gleichen Umständen – geringer. Die Lohnstückkosten steigen.

Im internationalen Vergleich ist die Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten in der jeweiligen Landeswährung die entscheidende Kennziffer. Dadurch werden Verzerrungen durch Wechselkursänderungen ausgeschlossen. "Die Entwicklung der Lohnstückkosten seit Mitte der 90er Jahre passt nicht zu der Behauptung zu hoher Löhne im internationalen Wettbewerb", schreibt das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrats Professor Kromphardt (WSI Mitteilungen 6/2004, S. 290). "Gerade in der Zeit, in der Deutschland im Wachstum so



stark zurückgefallen ist, sind unter den Industriestaaten die Lohnstückkosten in Deutschland am langsamsten gestiegen. Nur in Japan sind sie durchgängig gesunken, ohne dass sich dort ein Wachstumsprozess entfaltet hätte". Und Tilman Brück, Leiter der Abteilung Weltwirtschaft beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), bei Vorstellung der DIW-Studie "Lohnkosten im internationalen Vergleich" (DIW Wochenbericht 14/04): "Unsere Lohnstückkosten sind durchaus wettbewerbsfähig. Es ist ok, wenn ein deutscher Arbeiter mehr verdient als ein Amerikaner, solange er auch mehr produziert." (Handelsblatt, 1.4.2004).

<b>Nominale Lohnstückkosten im internationalen Vergleich</b> Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
	1986 bis 1990	1991 bis 1995	1996 bis 2000	2001	2002	2003
Belgien	1,7	3,1	0,7	4,0	3,2	
Deutschland	1,6	3,2	0,2	1,5	0,8	0,6
Frankreich	1,9	1,4	0,6	2,8	2,3	
Großbritann.	6,8	2,2	3,0	4,0	2,5	
Italien	6,4	3,1	1,7	2,9	3,1	
Niederlande	0,7	2,2	1,9	5,6	4,3	
EWU	3,6	3,2	1,0	2,8	2,2	
EU	4,3	2,9	1,4	3,2	2,3	
Japan	0,3	1,2	- 1,2	- 1,2	- 3,1	
USA	3,2	2,1	1,8	2,3	- 0,5	

Quelle: RWI, Statistisches Bundesamt isw-tabelle

## 2. Längere Arbeitszeiten – "eleganter Weg zur Lohnkostensenkung"

Die "Beweisführung" Sinns dient nur einem Zweck, den er selbst formuliert: Das "Tarifkartell zu knacken" und "den Marktkräften bei der Festlegung der Löhne und Gehälter freien Lauf zu lassen" (a.a.O., S. 94). Mit der Freigabe der Löhne würden diese gesenkt, mit der Folge, dass wie beim niederländischen "Poldermodell ein Jobwunder" geschaffen würde. Sinn: "Eine Lohnsenkung von durchschnittlich 10 % bis 15 % (würde) ausreichen, um die Arbeitslosigkeit weitgehend zu beseitigen." (a.a.O., S. 95). Nun ist es ein weiteres Pech von Professor Sinn, dass sein Vorbild Holland nach Erscheinen seines Buches arg von Krisen gebeutelt wurde; u.a. deshalb, weil das "süße Gift des Lohnverzichts" sich auf die Dauer produktivitäts- und wachstumshemmend auswirkte, wie es Professor Albrecht Kleinknecht von der Universität formulierte: "Neue produktivere Maschinen werden nur zögernd eingeführt, zumal die älteren und arbeitsintensiveren Maschinen durch die gemäßigten Löhne länger rentabel genutzt werden können". Das heißt: "Wachstum nicht durch Innovation, sondern durch Transpiration" (zit. nach 'Spiegel', 20.10.03).

Direkte Lohnsenkungen waren zunächst in Deutschland nicht durchsetzbar. Deshalb erfolgte der Angriff über die Hintertür der Arbeitszeitverlängerung. Nach Ansicht von Martin Werding, Bereichsleiter des Münchner ifo-Insti-

tuts, sind längere Arbeitszeiten ein "eleganter Weg, die Lohnkosten in Deutschland zu senken" (zit. nach SZ, 30.6.04). "Längere Arbeitszeiten bedeuten geringere Löhne", erklärt Professor Gerhard Bosch, Vizepräsident des Instituts für Arbeit und Technik. "Stundenlöhne über Mehrarbeit zu kürzen, ist ja recht geschickt. Die Monatslöhne bleiben gleich, also merken viele Leute nicht so schnell, dass es weniger um die Arbeitszeit als um ihr Geld geht." (Die Zeit, 6.11.03).

Verlängerung der Regelarbeitszeit bietet den Konzernen zudem die Möglichkeit verschiedener Optionen: Entweder mehr Arbeitszeit bei gleichem Monatslohn oder geringerer Monatslohn bei gleicher oder weniger Arbeitszeit. "Beides senkt die Lohnkosten, nur im ersten Fall sinken die Lohnkosten pro Stunde und im zweiten pro Monat." (Sinn in Wiwo, 13.11.03). Insgesamt läuft der Vorschlag nach genereller Verlängerung der Wochenarbeitszeit darauf hinaus, dass das gleiche Sozialprodukt mit entsprechend weniger Beschäftigten erbracht wird – ein tolles Jobwunder.

Dennoch wurde das "zurück zur 40-Stundenwoche" zur magischen Formel, die Politiker und Medien eifrig aufgriffen und kolportierten. Die Kampagne nahm teilweise Züge einer Voodoo-Beschwörung an, trug Merkmale ökonomischen Spiritismus. Der 'Spiegel' erklärte in einer Titelstory "Warum die Deutschen wieder mehr arbeiten müssen", der 'Zeit'-Aufmacher lautete "Trau keinem unter 40"; wer weniger arbeitet, wurde zum Faulpelz gestempelt. Die Forschungsinstitute überboten sich mit neuen Höchst- und Zielmarken an Wochenarbeitszeit, die Deutschland angeblich aus der Krise führen würden. ifo-Sinn: "42 Stunden wären eine gute Hausnummer. Bei konstanten Monatslöhnen würden die durchschnittlichen Stundenlöhne um zehn Prozent fallen." (Wiwo, 13.11.04). Dadurch "könnten in Deutschland über vier Millionen Arbeitsplätze entstehen" (zit. nach 'Spiegel', 5.7.04). DIW-Präsident Zimmermann, der ein halbes Jahr zuvor feststellte, dass "die Nachfrage nach mehr Arbeitsstunden gar nicht da wäre", brachte plötzlich die 50-Stunden-Woche ins Gespräch. Fehlte nur noch, dass einer der Standortneurotiker die Wiedereinführung des 12-Stunden-Tages und der Kinderarbeit forderte, um Deutschland vor dem Abstieg aus der Weltmarkt-Liga zu bewahren.

### "Arbeitszeit-Rambo mit Lizenz zum Jobkillen"

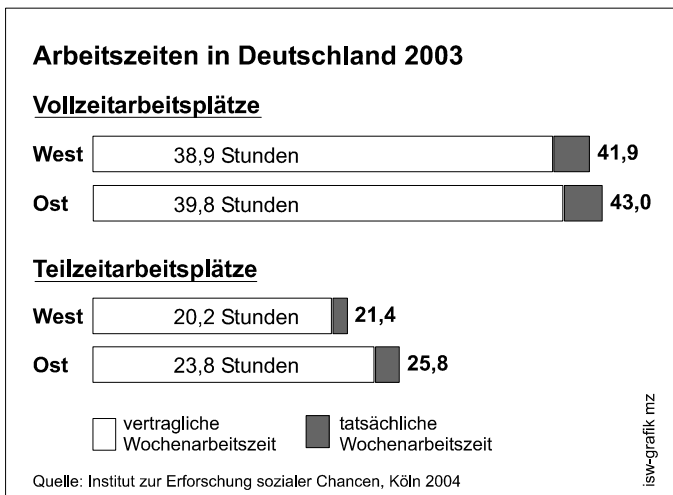
Als Rammbock fungierte der Siemens-Konzern, der die erste Bresche zur unbezahlten Mehrarbeit schlug. Entweder 40-Stunden-Woche bei gleichem Lohn und Streichung einer Reihe betrieblicher Vergünstigungen (und weitere Lohnkürzungen) oder Verlagerung der Handyproduktion nach Ungarn, lautete die schlichte Erpressungsformel gegenüber den Belegschaften von Bocholt und Kamp Lintfort. "Siemens: Arbeitszeitrambo mit Lizenz zum Jobkillen" stand auf einem Transparent auf der zentralen Siemens-Betriebsräte- und VK-Leiter-Konferenz der IG Metall in Nürnberg. Gewerkschaft und Betriebsrat ließen sich erpressen. Um die Gewerkschaft nicht zu sehr vorzuführen, erklärte Siemens-Chef von Pierer das Zugeständnis zum "Einzelfall" ohne Modellcharakter.

Die breite Schneise in Sachen Lohnkürzungen und unentgeltlicher Mehrarbeit walzte Daimler in die gewerkschaftliche Abwehrfront. Im Klartext ging es hier schlicht



um Lohnkürzungen in einem Block von 500 Millionen Euro, andernfalls sollten Anschluss-Modellreihen von Sindelfingen nach Bremen bzw. Südafrika verlagert werden. Man werde die geforderten 500 Millionen nie schlucken, erklärte IG-Metall-Vize Berthold Huber. Doch das volle Kostenpaket und kein Cent weniger wurden geschluckt. Im Gegenzug wurde eine Arbeitsplatz- und Investitionsgarantie bis 2012 gegeben. Doch Mercedes-Chef Jürgen Hubbert ließ sich eine Hintertür offen und verwies darauf, dass neu verhandelt werden müsse, wenn sich das wirtschaftliche Umfeld stark verändere.

Diesmal posaunte Vorstandsboss Schremp höchstpersönlich den exemplarischen Charakter des Abschlusses heraus: Die Einigung habe "Modellcharakter für den Standort Deutschland". Kabinett und Kapital überschlugen sich vor begeisternder Zustimmung: "Vorbild-Charakter" (Verband der Automobilindustrie), "Zeichen der Vernunft" (Gesamtmetall), "Sieg der Vernunft" (Clement), "vernünftige Lösung" (Schröder). FDP-Vize Rainer Brüderle brachte die Euphorie der Neoliberalen über die Siemens- und Daimler-Abschlüsse auf den Punkt: "Die IG Metall hat zwei Riesenlöcher in den Flächentarifvertrag gerissen. Tausende kleine und große Löcher müssen folgen." (zit. nach 'Die Welt', 24.7.04).



Sindelfingen ist überall. Weitere Konzerne wie VW, Opel, MAN, ThyssenKrupp, Thomas Cook, KarstadtQuelle, Stihl, Bosch, Viessmann, Continental und Voith griffen das Signal auf und konfrontierten ihre Belegschaften mit umfangreichen Kostensenkungsprogrammen. Wenn ein hochprofitabler Premiumhersteller wie Mercedes ein solches Sparpaket schnüre, steige der Druck bei den margenschwachen Volumenherstellern wie VW und Opel natürlich immens, sagte der stellvertretende Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Peter Klein. Der Häuserkampf hat erst begonnen. Am Ende dürfte der Flächentarifvertrag wie ein Schweizer Käse aussehen.

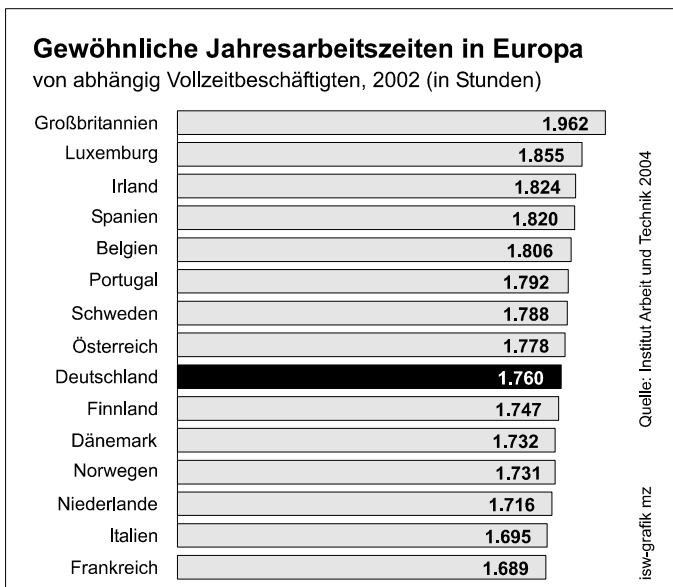
### Stunden-Standard

Tarifvertragliche Wochenarbeitszeiten in Europa (Auswahl)

Polen, Ungarn, Griechenland	40,0 Stunden
Irland, Portugal	39,0 Stunden
Schweden	38,8 Stunden
EU-Durchschnitt, Spanien	38,6 Stunden
Österreich, Slowakei	38,5 Stunden
Italien, Belgien	38,0 Stunden
<b>Deutschland</b>	<b>37,7 Stunden</b>
Großbritannien	37,2 Stunden
Niederlande, Dänemark	37,0 Stunden
Frankreich	35,0 Stunden

Quelle: European Industrial Relations Observatory (EIRO); isw-tabelle

Mit dem im Februar abgeschlossenen Tarifvertrag können die Konzernherren im Namen der Beschäftigungssicherung den Belegschaften fast jede Öffnung und Einkommensverzicht abpressen. In der "Pforzheimer Vereinbarung" hatten sich Gesamtmetall und IG Metall ausdrücklich zu dem Ziel bekannt, Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die IG Metall hat im Falle Daimler einem entsprechenden Paket bei einem profitstrotzenden Konzern zugestimmt. Sie wird sich anderen Unternehmen nicht verweigern können, die jetzt unter dem selben Vorzeichen einen Durchbruch versuchen. Das setzt eine Spirale nach unten ohne Ende in Gang. Der Betriebsrat beim Druckmaschinenhersteller MAN Roland in Offenbach erklärte zu dem Vorstandsansinnen auf Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich: "Wenn wir das machen, ziehen die anderen sofort nach und der Wettbewerbsvorteil ist wieder dahin. Dann gehen wir auf 45 Stunden, dann auf 50 – wo soll das hinführen" (zit. nach FTD, 26.7.2004).



In Frankreich forderte Wirtschafts- und Finanzminister Nicolas Sarkozy eine "grundlegende Reform" der Gesetze zur 35-Stunden-Woche. In Frankreich wird die Arbeitszeit per Gesetz festgelegt. Auslöser für den Regierungsvorstoß ist der Fall Siemens (vgl. HB, 5.7.04).

Heiner Flassbeck, Chefökonom der UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD), macht noch auf eine andere Gefahr im Zusammenhang mit den flexiblen Öffnungsklauseln aufmerksam: "Wenn ein Manager sich vornimmt, die Preise seiner Produkte um fünf Prozent zu senken, dann geht er zum Betriebsrat, droht mit der Abwanderung der Produktion nach Ungarn und verlangt eine Lohnsenkung pro Stunde (am liebsten in der "eleganten" Form der Arbeitszeitverlängerung), die die notwendige Kostensenkung erbringt. (Flassbeck, Ist Vernunft noch erlaubt, in: FR, 24.7.04). Das Realeinkommen der Arbeitnehmer des betroffenen Betriebes sinkt und ihre Nachfrage nach eigenen und anderen Produkten. Das Ausland verliert gegebenenfalls Marktanteile und Ar-

beitsplätze: "Doch auch dort werden früher oder später die neuen Zeiten einziehen, die Manager werden die Arbeitnehmer mit den deutschen Exporterfolgen unter Druck setzen und Lohnsenkungen erzwingen. Dann sind – in realer Betrachtung – alle wieder da, wo sie am Anfang waren, nur die Preise sind gefallen und Deflation droht." (ebenda).

Auch Professor Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats, und Gustav Horn, Konjunkturchef am DIW, warnen vor den Folgen des Preisverfalls durch gesenkte Stundenlöhne. "Es droht ein deflationärer Kostensenkungswettbewerb, der am Ende für alle schädlich ist", so Bofinger (zit. nach FTD, 27.7.04). Laut Horn sind fallende Preise vor allem deshalb problematisch, weil sie die Schuldenlast der Firmen erhöhen und damit die Investitionstätigkeit bremsen. Und: "Die deutsche Diskussion um längere Arbeitszeiten schwappt über auf Belgien, Frankreich und Niederlande. Und damit entsteht eine neue Gefahr, nämlich die eines europäischen Lohndumpings. Das bedeutet, es könnte eine Deflationsspirale mit sinkenden Löhnen und Preisen entstehen und die wäre eine wirtschaftliche Katastrophe".

### Die Logik der Profite

Kaum waren die Tarifbrüche bei Siemens und Daimler unter Dach und Fach, präsentierten die beiden Konzerne Rekord-Profitzahlen. Siemens hat nach den ersten drei Quartalen des Geschäftsjahres den Gewinn nach Steuern um 60 % erhöht – gegenüber dem Rekordprofit vom Vorjahr. DaimlerChrysler hat das Betriebsergebnis im ersten Halbjahr mehr als verdreifacht. Der Trend ist allgemein. "Fachleute erwarten bei den 30 größten börsennotierten Aktiengesellschaften Deutschlands in diesem Jahr eine Gewinnsteigerung von 54 Prozent. Im kommenden Jahr sollen es nochmals 22 Prozent sein." (SZ, 31.7.04). Trotz dreijähriger Stagnation der Gesamtwirtschaft und Mini-Wachstum in diesem Jahr. Eine Krise der Profite hat es bei den Multis bislang nie gegeben.

Dabei bleibt die Nachfrage verhalten. Wegen des Kaufkraftschwunds stagnieren die Umsätze bei den meisten Konzernen, gibt es kaum Chancen, ihn zu steigern. Siemens hat seinen Rekordprofit in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres mit einem Umsatzrückgang von 0,2 Prozent erzielt. Auch im Automobilsektor werden die Märkte enger. Der Ausweg für die Konzerne lautet: Profitsteigerung durch Kostensenkungen und Personalabbau. Ein Aktionärsvertreter formulierte die Marschrichtung auf der Siemens-Hauptversammlung 2003 in der Münchner Olympiahalle offen und brutal: "Wenn die Märkte nichts mehr hergeben, dann muss man die Rendite aus den Kosten holen". Vor der Olympiahalle demonstrierten gekündigte Kolleginnen und Kollegen von Siemens-Hofmannstraße, darunter einer mit dem Schild: "Mein Arbeitsplatzverlust ist euer Aktiengewinn". Hinzu kommt jetzt Gratisarbeit zugunsten der Aktionärs-Dividenden.

Die Aktienmärkte haben jedenfalls den neuen Trend verstanden. "Börsianer fahnden nach weiteren Daimlers", titelte 'Die Welt' (24.7.04). "Die Konsequenzen sind dramatisch – das Aufbrechen der Tarifverträge wird vor keiner Branche Halt machen", sagt Bernd Laux, Strategie bei der französischen Investmentbank Cheuvreux. "Die Tragweite ist insbesondere von ausländischen Investoren

noch gar nicht erfasst worden." (ebenda). Der Daimler-Abschluss wurde vom Präsidenten der amerikanischen Handelskammer, Fred Irwin, als "gutes Signal für ausländische Investoren" (FTD, 26.7.04) wahrgenommen. "Die Revolution geht weiter", überschrieb der Europa-Chefvolkswirt der Bank of America, Holger Schmieding, seine Analyse (ebenda).

### "Schildbürgerstreich Mehrarbeit"

Brutales Kostendumping, insbesondere in Form unentgeltlicher Mehrarbeit, ist der neoliberale Profit-Ausweg aus den sich verengenden Weltmärkten. Die Profitmargen lassen sich so auch bei stagnierenden Umsätzen steigern. Neue Jobs entstehen dadurch nicht. Im Gegenteil. Selbst für den Fall, das Ausland würde nicht mitziehen und der Exportboom nähme um eine weitere Dimension zu, würde der Aufschwung zu einem "Jobless Growth" führen und am Arbeitsmarkt spurlos vorüber gehen. Das Wachstum würde bewältigt durch bessere Auslastung der Kapazitäten, durch den laufenden Produktivitätsfortschritt und jetzt zusätzlich durch ehrenamtliche Mehrarbeit der Stammebelegschaften. Die Financial Times Deutschland schreibt in einer Kolumne unter dem Titel "Schildbürgerstreich Mehrarbeit" (2.7.04): "Bislang galt die Faustregel, dass zwischen einem und zwei Prozent Wirtschaftswachstum notwendig seien, bevor die Zahl der Beschäftigten wieder wächst. Die Mehrarbeit nun droht diese Schwelle in Schwindel erregende Höhen zu verschieben. Würde in allen Betrieben eine Arbeitszeitverlängerung um fünf Stunden pro Woche nachvollzogen, könnten die Firmen 15 Prozent mehr produzieren, ohne einen einzigen Angestellten einzustellen. Anders ausgedrückt: Bevor die Kapazitäten voll ausgelastet sind und neue Mitarbeiter notwendig werden, müsste die Wirtschaft um 15 Prozent wachsen. Selbst die lautesten Befürworter unbezahlter Mehrarbeit behaupten nicht, dass die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche einen solchen Konjunkturimpuls auslösen könnte".

Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weisen in diese Richtung: Im zweiten Quartal 2004 wuchs das BIP gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent. Diese Wirtschaftsleistung wurde mit 112.000 weniger Personen erbracht. Dabei läuft die Welle unbezahlter Mehrarbeit erst an.

## 3. Wider die Standortlogik

Im Folgenden soll in vier kurzen Thesen die Problematik angerissen werden, wenn sich Gewerkschaften in ihrer Lohnstrategie auf die "Standortlogik" einlassen.

### 1. Deutschland hat kein Wettbewerbsproblem

Deutschland hat kein Wettbewerbsproblem. Im internationalen Konkurrenzkampf ist es keineswegs der "kranke Mann" Europas, es ist vielmehr der Athlet Nr. 1. Gnadenlose Rationalisierung und Lohnkostendumping haben dazu geführt, dass die deutsche Wirtschaft einen gigantischen Weltmarktanteil erobern konnte. Über zehn Prozent der Weltexporte stammen aus Deutschland. Die Expansionsstrategie stärkte zwar die Weltmarktposition

(globale Konkurrenzposition) deutscher Multis, geriet jedoch zum Nachteil der Erwerbstätigen in diesem Land. So werden zwar über ein Drittel des deutschen BIP exportiert, im Bereich der Exportwirtschaft ist jedoch nur ein Fünftel der deutschen Arbeitnehmer beschäftigt. Die Lohnopfer zugunsten der Weltmarkteroberung bewirkten zudem eine Auszehrung der Binnen-Kaufkraft. Nicht die Weltmarktorientierung, sondern die Schwäche des Binnenmarktes ist das Problem Nr. 1.

## 2. Standortlogik ist Profitlogik

Die Widerlegung neoliberaler Standortargumentationen erwies den pseudowissenschaftlichen, den Auftragscharakter neoliberaler Wirtschaftstheorie. ifo-Sinn: "Die Top-Manager erteilen den klaren Auftrag, bei den Reformen nicht locker zu lassen..." – also liefert die Sinn-Fabrik das "wissenschaftliche" Material für die Fortführung und Ausgestaltung weiterer Reformen.

Lassen sich die Gewerkschaften auf die Standortlogik ein, geraten sie in eine lohn- und verteilungspolitische Defensiv- und Rechtfertigungsposition. Standortlogik ist Konkurrenz- und Kriegslogik, die von den Belegschaften möglichst hohe Opfer zur Eroberung der Weltmärkte durch das Kapital abverlangt. In Ländern, die führend im Standortwettbewerb sind, werden Lohnzugeständnisse eingefordert, um diese Wettbewerbsposition zu verteidigen. In Ländern mit schlechteren Standortbedingungen werden Zugeständnisse zur Aufholjagd abgepresst. In globalem Maßstab führt dies zum "Wettlauf der Besessenen" (Paul Krugman), zum "race to the bottom". Für die Lohnabhängigen wird es zum Wettlauf zwischen Hase und Igel, den sie nie gewinnen können.

## 3. "Doppelnatur" des Lohnes

Für das Kapital ist die Arbeitskraft eine Ware, die es möglichst billig auf dem Arbeitsmarkt einzukaufen gilt. Dem dient die Forderung, "die Löhne freizugeben", "den Marktkräften bei der Festlegung der Löhne und Gehälter freien Lauf zu lassen" (Sinn). Die BDI-Forderung nach "Rückgabe der Freiheit" (Rogowski) führt direkt zurück ins 19. Jahrhundert, zur ungehemmten Vertragsfreiheit, bei der der Unternehmer als Eigentümer der Produktionsmittel aus einer Position der Stärke mit dem Arbeitnehmer verhandelt. Gerade unter den Bedingungen der Globalisierung bestünde dann die Gefahr, dass der Lohn an und unter das Existenzminimum gedrückt würde. Einzelwirtschaftlich betrachtet ergäben sich daraus Kosten- und Profitvorteile für das jeweilige Unternehmen.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist die Summe der Löhne und Gehälter das entscheidende Nachfrageaggregat. Mit einem Anteil von 57 Prozent an der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage ist der private Verbrauch der entscheidende Nachfrageposten. Mehr noch: Da mittlerweile 80 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen über Lohn- und Verbrauchsteuern aufgebracht werden, hängt auch der Staatskonsum – 20 Prozent der volkswirtschaftlichen Nachfrage – entscheidend von der Lohn- und Gehaltssumme ab. Dreiviertel der Verwendung des BIP stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Lohnquote. Indem die Gewerkschaften möglichst hohe Lohnabschlüsse erzielen, sichern sie nicht nur einen Lebensstandard der Arbeitnehmer,

der über den unmittelbaren Reproduktionswert der Ware Arbeitskraft – "physisches Minimum" (Marx) – hinausgeht und auch die Befriedigung geistiger, kultureller gesellschaftlicher Bedürfnisse ermöglicht. Marx spricht hier von einem "historischen und moralischen Element", das sich in der Lohnhöhe niederschlägt. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, stärken erfolgreiche Lohnkämpfe die Binnennachfrage und damit Konjunktur und Beschäftigung.

## 4. Lohnfragen sind Machtfragen

Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft gibt es keine "richtigen" oder "falschen" Lohnabschlüsse. Das Gerede über einen "Verteilungsspielraum" ist volkswirtschaftlicher Unsinn, es dient lediglich dazu, die Gewerkschaften im Vorfeld lohnpolitischer Auseinandersetzungen zu entwaffnen. "Lohnquote" bzw. "Profitquote" stehen im antagonistischen Gegensatz, ihre Höhe ist das Ergebnis der Verteilungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Erst wenn die Belegschaften und Gewerkschaften echte Mitbestimmungsrechte über Gewinnverwendung und Investitionen erlangen und im Rahmen einer demokratischen volkswirtschaftlichen Planung mitentscheiden können, macht es Sinn, über gesamtwirtschaftliche Investitions- und Lohnfonds zu sprechen. Aufgabe der Gewerkschaften ist es deshalb, Alternativen zum gegenwärtigen Lohn- und Profitsystem zu entwickeln und einzufordern.

Karl Marx in "Lohn, Preis und Profit": "Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems".

---

Fred Schmid ist Mitarbeiter des isw

DW = Die Welt  
 FR = Frankfurter Rundschau  
 FTD = Financial Times Deutschland  
 HB = Handelsblatt  
 SZ = Süddeutsche Zeitung  
 Wiwo = Wirtschaftswoche

Franz Garnreiter

## Irrtum Nr. 2: Kosten senken, alle Märkte deregulieren – dann gibt es weder ein Absatz- noch ein Beschäftigungsproblem, weil alle Produkte wettbewerbsfähig sind und ihre Nachfrage finden.

### I. Thema

Um zwei Problemfelder kreisen praktisch alle wirtschaftspolitischen Diskussionen zu Krise und Wirtschaftsaufschwung in den Medien:

- **Reformstau überall** und in jeder Hinsicht (zu hohe Kosten, zu wenig Unternehmerfreiheit),
- **zu geringe Nachfrage** für den Wirtschaftsaufschwung.

Zum Reformstau werden – aus neoliberalistischer Sicht – bekanntlich vielfältigste Forderungen, Vorschläge und Maßnahmen erhoben, diskutiert, verworfen und durchgesetzt. Per Saldo haben alle Bemühungen letztlich das selbe Ziel, das der neoliberale Kommentator Nikolaus Piper in der Süddeutschen Zeitung erfreulich klar heraus stellt: "Ja, die Gewinne müssen steigen, wenn es irgendwann wieder neue Jobs geben soll." (SZ, 16. 6. 2004).

Ganz anders als beim Thema Reformstau wird die geringe Nachfrage zwar intensiv beklagt, aber es folgt keine ernsthafte Ursachen- und Maßnahmendiskussion. Dass die Sparquoten massiv vom Einkommen abhängen (Bild 1), wird kaum thematisiert. Schon gar nicht wird der Zusammenhang der beiden wahrgenommenen Problemfelder diskutiert: Vertragen sich Nachfragebelebung und Reformstau-Auflösung? Trägt der ersehnte Anstieg der Gewinne zur ersehnten höheren Nachfrage bei oder steht er dazu etwa im Widerspruch?

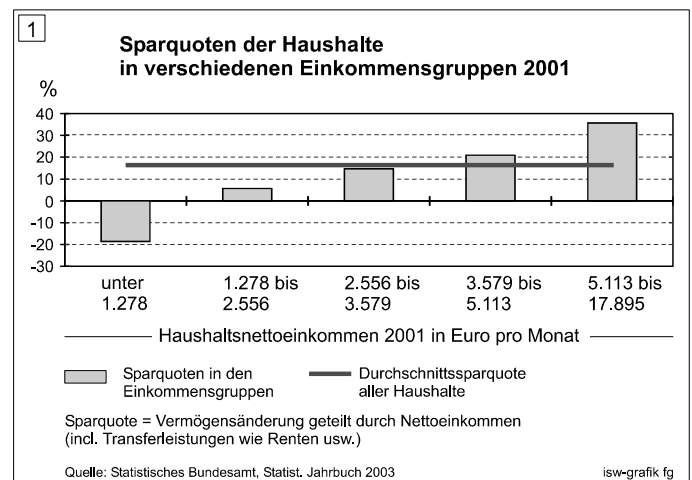
### II. Theoretische Argumente

Um sein Ziel zu erreichen, nämlich Profit zu erwirtschaften, muss der Unternehmer offensichtlich zweierlei erreichen:

- **erstens Profit produzieren**, d.h. die Produktionskosten niedriger als den üblichen (zu erwartenden) Marktpreis für seine Waren halten können,
- **zweitens den produzierten Profit realisieren**, d.h. die konkurrenzfähig produzierten Waren verkaufen können, in Geld zurück verwandeln können.

Die **neoklassische Theorie** wurde in einem langen Prozess seit etwa 100 Jahren aufgebaut (Walras, Marshall u.a.). Sie mathematifiziert das Gedankengebäude der frühen Meister Smith, Ricardo u.a. und fasst den Marktmechanismus in klare Aussagen (die Allgemeine Gleichgewichtstheorie). Sie ist das wichtigste Theoriegebäude der Marktanhänger. Auf sie berufen sich natürlich auch die Neoliberalen. Die Neoklassik stellt alle bekannten Postulate über die Eigenschaften des Marktmechanis-

mus auf und begründet sie: Existenz und Stabilität des Gleichgewichtes, Optimalität und Gerechtigkeit des Marktergebnisses, beste Nutzung aller verfügbaren Anlagen und Ressourcen. Weil der Marktmechanismus keinerlei Zweifel unterliegt, weil Marktfunktionsprobleme in diesem Gedankengebäude nicht vorkommen können (wenn man den Markt lässt, d.h. den Reformstau auflöst), kommt diese Theorie gar nicht darauf, sich Gedanken über den obigen zweiten Punkt zu machen, die Profitrealisierung. Diese neoliberale Theorie sieht Probleme bzw. interessante Fragestellungen faktisch nur im Bereich der Produktion – naheliegenderweise konzentrieren sich ihre Anhänger daher auf Themen wie Kostensenkungen und internationale Konkurrenzfähigkeit.



**Keynes** stellte um 1930 eine – aus neoklassischer Sicht – regelrecht revolutionäre Frage: Was passiert denn konkret auf dem Markt, wenn sich Angebot und Nachfrage als ungleich begegnen? Das war für die alte Neoklassik keine sinnvolle Frage, weil nach ihrer Theorie Käufe und Verkäufe ausschließlich im Gleichgewicht zugelassen sind, und zwar für alle Marktteilnehmer nur gleichzeitig und nur zu einheitlich gleichen und sogenannten markträumenden Preisen. Das ist die zentrale Forderung dieser Theorie. Diese Forderung kann nicht fallen gelassen werden, da sonst die neoklassische Theorie komplett zusammen fällt. Beim Tausch können also Angebot und Nachfrage grundsätzlich nie ungleich sein. In dieser Vorstellung können daher Mengenänderungen nicht wirkliche Produktionen oder Geldangebote auf dem Markt sein, sondern nur Änderungen einer Art von vorläufigen Angebots- oder Nachfrageplänen oder -vorschlägen. Das bedeutet im Grunde die Vorstellung einer Art von Produktion auf Bestellung, so dass auf dem Markt von vorn-

herein ausschließlich "richtige" gleichgewichtige Mengen auftauchen. Ungleichgewichte sind nach dieser Theorie also gar nicht denkbar, wenn der Marktmechanismus wirksam ist. Dies ist eine komplett abstruse Vorstellung vom realen Marktgeschehen, wie jedes Kind weiß. Nur in einem solchen abgehobenen Vorstellungswirrwarr ist die simple Frage von Keynes bahnbrechend. (Ein normaler Nicht-Ökonom kann das vielleicht gar nicht nachvollziehen, weil er in einer völlig anderen Welt lebt als der theoretische Neoklassiker, nämlich in der realen).

Hier kann nun die empirische Beobachtung ansetzen. Erst auf dem Markt, also bei der Realisierung, stellt sich für den Unternehmer heraus, ob er zuviel oder zuwenig von seinen Arbeitern produzieren ließ. Als Anarchie der kapitalistischen Produktion bezeichnete Marx diesen Widerspruch zwischen der Ungewissheit des (zahlungskräftigen) gesellschaftlichen Bedarfs und der Planmäßigkeit der Produktion in der Fabrik.

Stellt der Unternehmer nun auf dem Markt ein Überangebot seiner Waren fest, dann hat er zwei Möglichkeiten: Entweder senkt er den Preis so weit, dass er sein Angebot absetzen kann, oder er verkauft was geht und nimmt den Rest wieder mit. In der Realität zeigt sich, dass insbesondere die großen Konzerne die zweite Alternative bevorzugen. Sie schonen die Profite. So ist das Phänomen zu erklären, dass Konzerne ihre Abgabepreise teilweise auch dann noch erhöhen, wenn sie unter Absatzmangel leiden und auf Halde bzw. auf Lager produzieren. Die Keynesianer sagen: Die Konzerne sind Preissetzer und Mengenreagierer: Sie können ihre Preisvorstellungen relativ gut durchsetzen und reagieren auf Ungleichgewichte mit Änderungen bei der Produktionsmenge.

Jetzt beginnt die wirkliche Wirtschaftsdynamik, von der der Neoklassiker in seiner Gleichgewichtshypnose überhaupt keine Ahnung hat, keine Ahnung haben kann. Denn was passiert als nächstes, wenn der Unternehmer merkt, dass er partiell auf Lager produziert? Er senkt die Produktion, entlässt Leute, kauft weniger Vorprodukte, verschiebt Investitionen auf später und ist nach getaner Reduzierung froh, dass er seine Produktion der Nachfrage – so wie er sie auf dem Markt erfahren hat – angepasst hat.

Nun ist er aber nicht der einzige mit Absatzproblemen – wenn man mal eine allgemeine Krisensituation annimmt. In vielen Branchen machen die Unternehmer Überproduktionserfahrungen, entlassen, reduzieren die Produktion. In der Summe senkt das das kaufkräftige Einkommen der Arbeiterklasse (bzw. der abhängig Beschäftigten) und auch – nicht zu vergessen – die Profite (denn eine Produktion auf Halde kostet nur – es fehlt die Realisierung in Geld). Mit dem Einkommen sinkt zwangsläufig die Nachfrage, und unser Unternehmer wird, wenn er mit seiner reduzierten Produktion wieder auf den Markt geht, auch auf dem abgesenkten Niveau erneut die Erfahrung einer Überproduktion machen. In der anarchischen, ungeplanten Ökonomie wird eine Spirale nach unten, Richtung Rezession, in Gang gesetzt.

Das ist die klassische Konjunkturdynamik. Im Boom geht es analog umgekehrt: Die Erfahrung, dass er mehr absetzen könnte, wird den Unternehmer dazu bringen, zusätzliches Personal zu suchen und Extra-Investitionen durchzuführen. Damit bewirken er und seine Unternehmer-Kollegen zusammen weitere Zusatznachfrage. Der Aufschwung gewinnt an Fahrt.

Diese Art Konjunkturdynamik gibt es in der zwar sehr komplizierten, aber im Grundsatz richtig langweiligen neoklassischen Gedankenwelt nicht: Der Neoklassiker kann sich nur vorstellen, dass irgend jemand (vorzugsweise die Gewerkschaften) an einem Preis (vorzugsweise dem Lohn) verbotenerweise einfach festhält und ihn am Rauf & Runter hindert, so dass sich kein Gleichgewicht einstellen kann. Diesem Blockieren muss abgeholfen werden. Das ist so ziemlich alles, was der Neoklassiker über Wirtschaftspolitik theoretisch weiß. Insofern kann ein Neoklassiker nie ein Konjunkturtheoretiker sein. (Anmerkung zum Neoliberalen: Der Neoliberaler ist theoretisch ein extrem vulgarisierter und bewusstloser Neoklassiker, der die Interessen des großen Kapitals als Erfordernis der Gesamtwirtschaft begreift).

Die Keynesische Erkenntnis kann nun um einen Gedanken weiter gedreht werden: Angenommen, es stößt in einer rezessiven Entwicklung (geringe Nachfrage, steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Investitionstätigkeit) eine exogene Nachfrage auf die Wirtschaft. (Exogen nennen die Ökonomen Impulse oder Anstöße, die von außen kommen, die also – bei unserem Thema – nicht Bestandteil der unmittelbaren Konjunkturlogik sind.) Dann nimmt das der Unternehmer als zusätzliche, erweiterte Nachfrage wahr. Die exogene Nachfrage wirkt also in Richtung Nachfrageüberschuss. Ist sie genügend groß, dann dreht sich die Entwicklung: Aus der Überproduktion wird dank der exogenen Nachfrage eine Übernachfrage, der Abschwung kann in einen Aufschwung übergeleitet werden.

Damit hat die kapitalistische Gesellschaft einen Hebel, um die Unternehmen in rezessiven Phasen zu zusätzlicher Produktion anzureizen. Damit kann Konjunktur- und Wachstumspolitik betrieben werden. Einschränkend muss gesagt werden, dass die Unternehmer als Mengenreagierer zwar prinzipiell auf Zusatznachfrage mit Zusatzproduktion reagieren. Allerdings können sie als Preissetzer bei genügend Preissetzungsmacht versucht sein, die Zusatznachfrage teilweise über höhere Preise (= höhere Profite) abzuschöpfen. Mit einem solchen Verhalten frustrierten die Unternehmer in den 70er Jahren die halbherzige Nachfragepolitik der damaligen Schmidt-Regierung. Es entstand Stagflation (Stagnation plus Inflation). Wie man die Unternehmer von derartigen Aneignungen abbringen kann, dazu haben die Keynesianer kein Rezept.

Das Instrument der externen Nachfrage ist zwar beeinträchtigt von der Preissetzungsmacht. Es ist also ein gesellschaftlich teurer, aber vom Grundsatz her ein wirksamer Hebel. Was ist nun eine exogene Nachfrage? Im wesentlichen werden zwei Typen genannt:

**Staatsnachfrage:** Schon von Keynes zentral diskutiert wurde, dass der Staat – finanziert über Kredite, also über Staatsverschuldung – mit einer Zusatznachfrage auf den Markt geht: Das können Straßenbauprojekte sein (üblich in der Vergangenheit) oder Umweltschutzprojekte (sinnvolle Zukunftsinvestition) oder Rüstungsprojekte (was rein ökonomisch ähnlich wirkt) oder Unterstützung von niedrigen, also hoch nachfrageintensiven Einkommen. Dagegen hat die bei uns aufgelaufene Staatsverschuldung keinen keynesianischen Nachfrageeffekt, da sie ganz wesentlich aus Steuererleichterungen für nachfrageschwache hohe private und Konzerneinkommen resultiert.

**Auslandsnachfrage (Exportförderung):** Es ist die Hoffnung der Neoliberalen, dass die anderen Länder mehr und mehr deutsche Waren kaufen und daraus der erhoffte Nachfrageschub entsteht. Weltweit ist Export gleich Import. Deutschland hat einen sehr hohen Exportüberschuss. Es liegt daher auf der Hand, dass in dieser Hinsicht nichts Wesentliches mehr passieren kann und sollte. Eine weitere Intensivierung der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte kann mittelfristig nur negativ auf Stabilität und Wachstum der Weltwirtschaft wirken.

**Inländische Einkommensverteilung:** Ihre Änderung wird beim Thema Konjunktur und Wachstum meistens ausgeblendet – ganz zu Unrecht. Die Intensität der Umverteilung von unten nach oben, die wir in Deutschland in den letzten 20 Jahren erfahren mussten – und zwar in jeder Hinsicht: von Lohn zu Kapital, von Niedrig- zu Hocheinkommen, von Transfer- (Renten u.a.) zu originären Einkommen – war von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Konjunkturell wirkte sie wie ein Dauer-Konjunkturdämpfungsprogramm allererster Intensität und bewirkte wesentlich, dass Deutschland ganz hinten rangiert beim Wachstum. Würde die staatliche (Steuer-)Gesetzgebung, anstatt diese Umverteilung noch zu forcieren, die niedrigen, nachfragestarken Einkommen auf Dauer zu Lasten der hohen, nachfrage-schwachen Einkommen und Profite fördern, dann wäre dieses sicherlich ein wirksames Konjunkturförderprogramm.

### III. Empirie

Die Empirie soll hier ein Gefühl dafür vermitteln, wie sehr die neoliberalistische Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte die Ökonomie ins Extreme laufen ließ, dass also potenziell ein weites Feld und an sich ein dringlicher Bedarf für umkehrende oder alternative Wege vorhanden ist. Festzustellen ist:

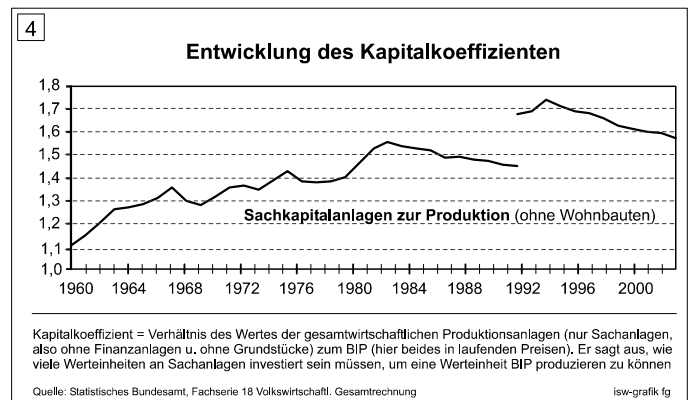
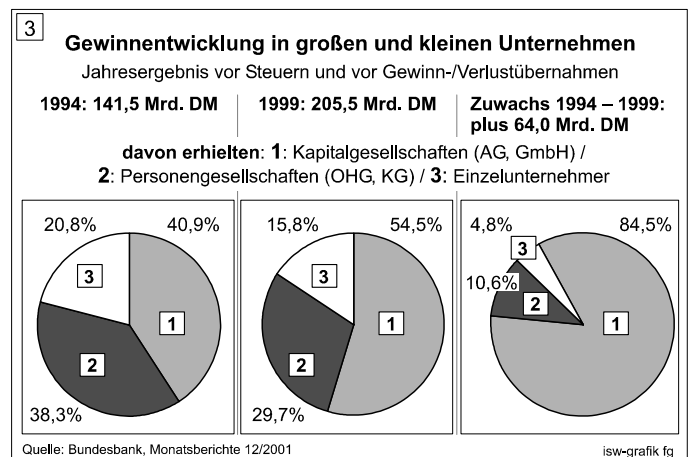
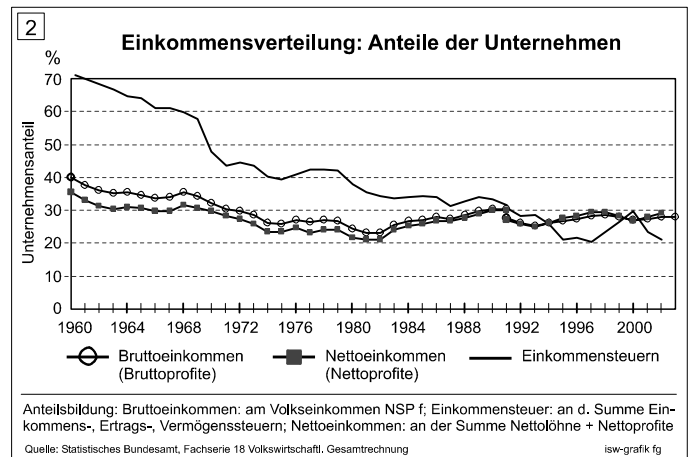
1. Viele Zeitreihen haben einen Knick in den frühen 80er Jahren. Die Entwicklungstrends vor und nach der Kohl-schen geistig-moralischen Wende, der neoliberalistischen Wende, verlaufen unterschiedlich. Für 1991 ist ein Strukturbruch der Daten festzustellen, bedingt durch den Anschluss der DDR und auch durch eine Umstellung der Statistik.

2. Die Einkommensverteilung (Bild 2 und 3) ändert sich:

- beim Bruttoeinkommen zugunsten der Kapitaleseite und zulasten der Beschäftigten,
- bei der Einkommensbesteuerung ebenfalls, und zwar noch viel intensiver,
- innerhalb der Gewinneinkommen zugunsten der Konzerne und zulasten kleiner Unternehmen.

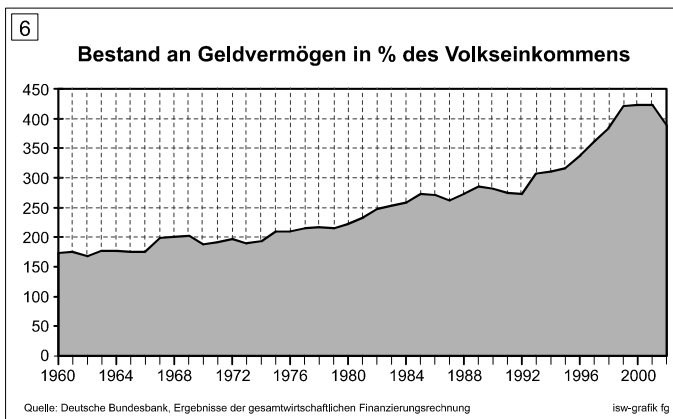
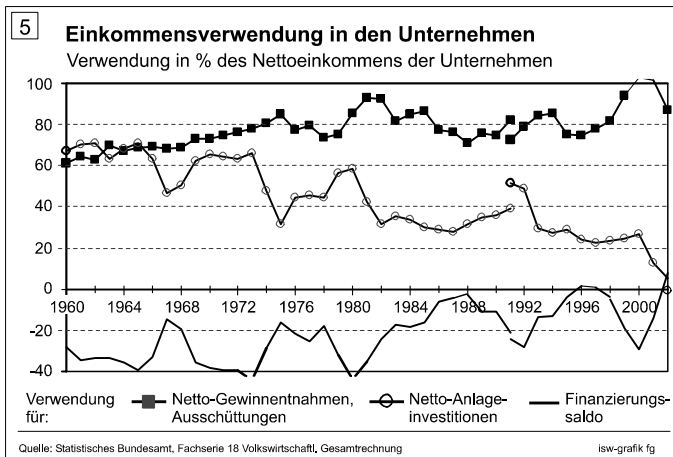
Diese Umverteilungen wirken dämpfend auf die Nachfrage, wirken also rezessiv.

3. Die Fähigkeit der großen Kapitalien, steigende Anteile des Volkseinkommens an sich zu ziehen, ist die Folge ihrer steigenden Marktmacht. Die Konzentration der Marktmacht ist elementares Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung, und sie ist wirtschaftspolitisch gewollt.



4. Der sogenannte Kapitalkoeffizient (so nennen die Ökonomen die Höhe der benötigten Sachkapitalanlagen, um eine Einheit Sozialprodukt produzieren zu können) (Bild 4) nimmt ab. Zur Aufrechterhaltung der Produktion (also für Ersatzinvestitionen) bzw. zum Kapazitätsaufbau ist daher ein trendmäßig sinkender Kapitalbedarf nötig.

5. Sinkende Masseneinkommen, daher sinkende Konsumnachfrage; steigende Staatsverschuldung, daher sinkende Staatsnachfrage; zudem sinkender Kapitalkoeffizient (bzw. steigende sogenannte Kapitalproduktivität): Hier manifestiert sich das Problem Nachfragemangel. Es zeigt sich im Widerspruch zwischen steigenden Profitquoten und relativ sinkendem Investitionsbedarf (Bild 5). Während die Nettogewinne der Unternehmen früher großenteils für Netto-(=Erweiterungs-)investitionen verwendet wurden, ist diese Verwendungsart heute vernachlässigbar. Der Gewinn geht an die Holdings, an die privaten Aktionäre, an die Fonds&Banken&Versicherungen.



6. Damit haben wir ein Grundthema der neoliberalen kapitalistischen Entwicklung: Immer schneller wachsende überschüssige und hochkonzentrierte Finanzmassen (Bild 6), die an hohe Rendite gewöhnt sind und mit einer ebensolchen verwertet werden wollen. Sie sind die Folge der Marktmacht der großen Kapitalien und der Umverteilung. Geld ist offensichtlich genug da.

7. **Fazit:** Die gewachsene Marktmacht großer Kapitalien und Konzerne ermöglicht es diesen, aus dem Nachfragekreislauf (Einkommen – Nachfrage – Produktion – Einkommen) per Umverteilung Gelder zu entziehen, die sie zudem für produktive Investitionen nicht benötigen. Das Ziel dieser überschüssigen Kapitalien ist der Aufschluss neuer Anlagefelder (Privatisierung oder Auslandsinvestition) oder der Einsatz in spekulativen Bereichen. Das reduziert Wachstums- und Beschäftigungschancen und es bewirkt und intensiviert krisenhafte Schwankungen.

#### IV. Realität: Der Siegeszug der Neoliberalen

**Wissenschaftliche Gründlichkeit und Redlichkeit** ist keine Voraussetzung für Erfolg. Wirtschaftliche und politische Macht sowie die Vorherrschaft über das allgemeine Bewusstsein – das ist wichtig.

Die keynesianische Wirtschaftstheorie und die daraus resultierenden wirtschaftspolitischen Vorschläge – jedenfalls soweit sie eine Umverteilungskomponente beinhalten – sind sehr in die Defensive gedrängt worden. Das ist keine Theorie, die von den Konzernen und ihren ideologischen Multiplikatoren als nützlich empfunden wird.

Das Ausschließen einer unbequemen Theorie aus dem Mainstream der ökonomischen Faktenbehandlung und -interpretation entspricht dem realen und riesigen politökonomischen Machtzuwachs der großen Kapitalien.

Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit ist die reale wirtschaftliche Lage durch eine klare **Überproduktions-tendenz** gekennzeichnet. Nach der internationalen Arbeitsorganisation ILO sind annähernd 200 Millionen Arbeitslose registriert. Das ist nur die Spitze des Eisberges – incl. der Unterbeschäftigung (die gerade in den Slumstädten der 3. Welt riesige Ausmaße annimmt) arbeitet ein Viertel der arbeitsfähigen Menschen unfreiwillig weniger als gewollt.

Dies ist ein riesiges Potenzial an wertschaffenden Fähigkeiten, die einfach brach liegen, die nicht gebraucht werden, die aus dem weltweiten Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen werden – überflüssige Menschen, Ballast im Kapitalismus.

Gleichzeitig ist in Erinnerung zu rufen, dass in den letzten Jahrzehnten jegliche Art von **internationalen Kapitalverkehrskontrollen** permanent und immer weiter gehend abgebaut werden. Dazu zählten früher sowohl die Überwachung und Reglementierung der Kapitalausfuhr wie auch die nur unter Auflagen und Bedingungen zugelassene Kapitaleinfuhr (Kreditverkehr, Auslandsinvestitionen, spekulative Geschäfte) wie auch die politische Beeinflussung von Zinssätzen und Devisenkursen. Heute sieht die Kapitalwelt gerade umgekehrt aus. Derzeit werden jährlich in durchschnittlich 70 Ländern durchschnittlich 150 Gesetze geändert, die für ausländische Investoren wichtig sind – und zwar in 95 Prozent aller Fälle zugunsten des großen Kapitals. Die Anzahl der internationalen Vereinbarungen, die den internationalen Kapitaltransfers schrankenlose und unkontrollierte Freiheiten gewähren wächst ständig. Mehr noch: Die Kapitalseite erhält zunehmend ausufernde Rechte, Staaten bei missliebigen Maßnahmen zur Entschädigung zu zwingen (Schadensersatz wegen entgangener Profite).

Die Offenheit und die Leichtigkeit eines Kapitaltransfers und die Tatsache, dass weithin in aller Welt Konzerninvestitionen aufgrund wachsender Armut und Arbeitslosigkeit mit offenen Armen empfangen werden (müssen) – das öffnet den Konzernen und der verbündeten Politik Tür und Tor für **Erpressungen** jeglicher Art. Wir sehen das aktuell an Siemens-Bocholt und an Daimler-Benz, an den Forderungen nach allgemeiner Mehrarbeit und weniger Urlaub usw.

Das bedeutet per Saldo, dass es die nationalen Ökonomien früherer Jahrzehnte heute so nicht mehr gibt. Eine nationale Wirtschaftspolitik unabhängig vom Ausland und gegen die Konzerninteressen ist heute wesentlich schwieriger geworden, als dies früher der Fall war. Insofern haben sich die kapitalistischen Staaten zugunsten der Kapitalinteressen selbst entmachtet (statt dessen gibt es jetzt den "Sachzwang der Globalisierung").

Die Hoffnung, die Mächtigen in fairer Diskussion von den besseren Perspektiven einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik überzeugen zu können, wird sich sicher nicht erfüllen. Auch kleine wirtschaftspolitische Verbesserungen werden harte soziale Kämpfe voraussetzen.

Tatjana Fuchs

## **Irrtum Nr. 3: Das hohe Niveau der sozialen Absicherung verhindert marktgerechte Löhne und sorgt so für Arbeitslosigkeit.**

### **1. Einleitung**

Beinahe täglich erzählen uns die großen Tageszeitungen oder die vielen wohlmeinenden Gäste und ModeratorInnen der einschlägigen Talkshows und politischen Magazine, was sich – aus ihrer Sicht – in Deutschland ändern muss, um endlich die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Gebetsmühlenartig wiederholen die meist gutbezahlten und sozial abgesicherten Damen und Herren, dass wir in Zukunft nicht nur mit z.T. erheblich niedrigeren Löhnen und Gehältern, sondern vor allem auch mit deutlich abgesenkten Sozialleistungen auskommen müssen, damit es mit der Wirtschaft wieder aufwärts gehen könne. Insbesondere die Kritik des Sozialstaats als angeblicher (Mit-)verursacher von Arbeitslosigkeit wird heute offiziell von allen Regierungsparteien und von zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten geteilt und hat – dank täglicher Öffentlichkeitsarbeit – auch die Köpfe vieler Menschen erreicht: Verschiedenen Umfragen zu Folge glaubt mittlerweile etwa die Hälfte der Deutschen, dass die Leistungen aus den Sozialsystemen zum Nichtstun verleiten würden und viele Arbeitslose trotz bestehender Angebote einfach nicht arbeiten wollten (vgl. u.a. Baureithel 2002: 3).

Im Folgenden werden wir diese Behauptungen sowohl anhand bisheriger Entwicklungen als auch anhand einer logischen Argumentation wiederlegen. Im ersten Schritt stellen wir die neoliberale Argumentation über den angeblichen Zusammenhang von sozialstaatlichen Leistungen, Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit dar, im zweiten Schritt zeigen wir die reale Entwicklung von sozialen Leistungen sowie von Einkommen im Niedriglohnbereich, und schließlich werden wir auf logische Fehler und die sozialen Folgen dieser Behauptungen eingehen.

### **2. Die neoliberale Argumentation über Sozialstaat, Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit**

Im Rahmen der heute vorherrschenden neoliberalen wirtschaftspolitischen Argumentation<sup>1</sup> gilt der Sozialstaat als der zentrale Problemverursacher: Durch ein zu hohes Niveau der sozialen Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit würden *marktgerechte Löhne* verhindert. Dahinter steht die wirtschaftspolitische Annahme, dass

grundsätzlich jede beliebige Menge Arbeit auf dem Arbeitsmarkt verkauft werden kann, vorausgesetzt, die Person akzeptiert dafür einen Preis, der niedrig genug ist. Das wäre dann ein marktgerechter Lohn. Die Durchsetzung eines marktgerechten Lohnes wird heute einerseits durch Tarifverträge und andererseits durch die Höhe des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe begrenzt und damit wird – so die neoliberale Behauptung – Arbeitslosigkeit erst verursacht. Der Sozialstaat gilt also den Neoliberalen als Verursacher von Arbeitslosigkeit, weil seine Leistungen angeblich dazu beitragen, dass keine deutliche Senkung der Löhne durchgesetzt wird. Daher verbinden sich die Forderungen nach einer offensiven "Niedriglohnstrategie" auch immer mit der Forderung, dass die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme massiv verringert werden müssen.<sup>2</sup> Darüber hinaus würde der Sozialstaat steigende und viel zu hohe Lohn(neben)kosten produzieren, die als Hemmschuh für die Volkswirtschaft wirken und dazu führen würden, dass Deutschland international nicht mehr konkurrenzfähig sei.

Wenn wir nun diese neoliberale Argumentation anhand der realen Entwicklung in Deutschland überprüfen, müssten wir – angesichts der steigenden Zahl von arbeitslosen Menschen – auf folgende Entwicklungen treffen:

a) Zum einen müsste das Niveau der sozialen Leistungen weitgehend gleich geblieben oder aber gestiegen sein; keinesfalls sollte es uns möglich sein, einen Rückgang der sozialen Transferleistungen (Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe) zu beobachten, da dies – nach neoliberaler Argumentation – mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit einhergehen müsste.

b) Zum anderen sollten wir keinen ausgeprägten Niedriglohnbereich antreffen können, v.a. keinen, der sich ausweitet. Denn die Niedriglohnstrategie gilt ja als die neoliberale Wunderwaffe gegen die Arbeitslosigkeit.

### **3. Hält die neoliberale Argumentation der Wirklichkeit stand?**

#### **3.1 Entwicklung der sozialen Transferleistungen**

Werfen wir zunächst einen Blick auf die finanzielle Situation von Haushalten, die überwiegend von Sozialhilfe bzw. von Arbeitslosengeld oder -hilfe leben (vgl. Abb.1).

1) Bekannte deutsche neoliberale Vordenker sind u.a. die Kommission für Zukunftsfragen der Länder Bayern und Sachsen, das ifo-Institut (und dessen Leiter Prof. Dr. Hans Werner Sinn) oder das Institut der deutschen Wirtschaft, um nur einige zu nennen. Die politische Umsetzung dieser Denkrichtung war im Ansatz bereits unter der sozialliberalen Koalition Helmut Schmidts zu erkennen, zog sich dann wie ein roter Faden durch die schwarzgelbe Regierungspolitik Helmut Kohls und spitzt sich heute unter Gerhard Schröder und der rot-grünen Koalition in Form der Agenda 2010 – insbesondere im Rahmen der Hartz-Gesetze – weiter zu.

2) Ein Beispiel dieser neoliberalen Argumentation ist: Hans Werner Sinn: (2002): Aktivierende Sozialhilfe. Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum; Einen kritischen Überblick über mehrere Vertreter diese Debatte bietet Gerhard Bäcker 2002.



1972 betrug das Einkommen der Haushalte, die überwiegend von Sozialhilfe leben, noch 54 % vom Durchschnitt aller Haushaltseinkommen. Bis zur Wende verschlechterte sich die relative Einkommensposition dieser Haushalte auf 44 %. Heute muss – bezogen auf Gesamtdeutschland – ein normaler Sozialhilfehaushalt mit 42 % vom Durchschnittseinkommen aller Haushalte auskommen. Dieser kontinuierliche Abwärtstrend der finanziellen Bemessung der Sozialhilfe ist im Wesentlichen durch Kürzungen oder durch die Aussetzung der gesetzlich vorgesehenen Anpassung an den sozio-kulturellen Mindestbedarf politisch herbeigeführt worden. Das Sozialhilfeniveau liegt heute deutlicher als zu irgend einem früheren Zeitpunkt unterhalb der Armutsgrenze (50 % vom Durchschnittseinkommens). Von Armutsvermeidung durch den Bezug von Sozialhilfe kann somit schon lange nicht mehr die Rede sein. Neben der Absenkung des Sozialhilfeniveaus und dem damit einhergehenden finanziellen Druck auf die Menschen, die diese Leistung beziehen, wurde vor allem seit den 90er Jahren ein direkter Zwang zur Aufnahme jeder möglichen Arbeit aufgebaut.

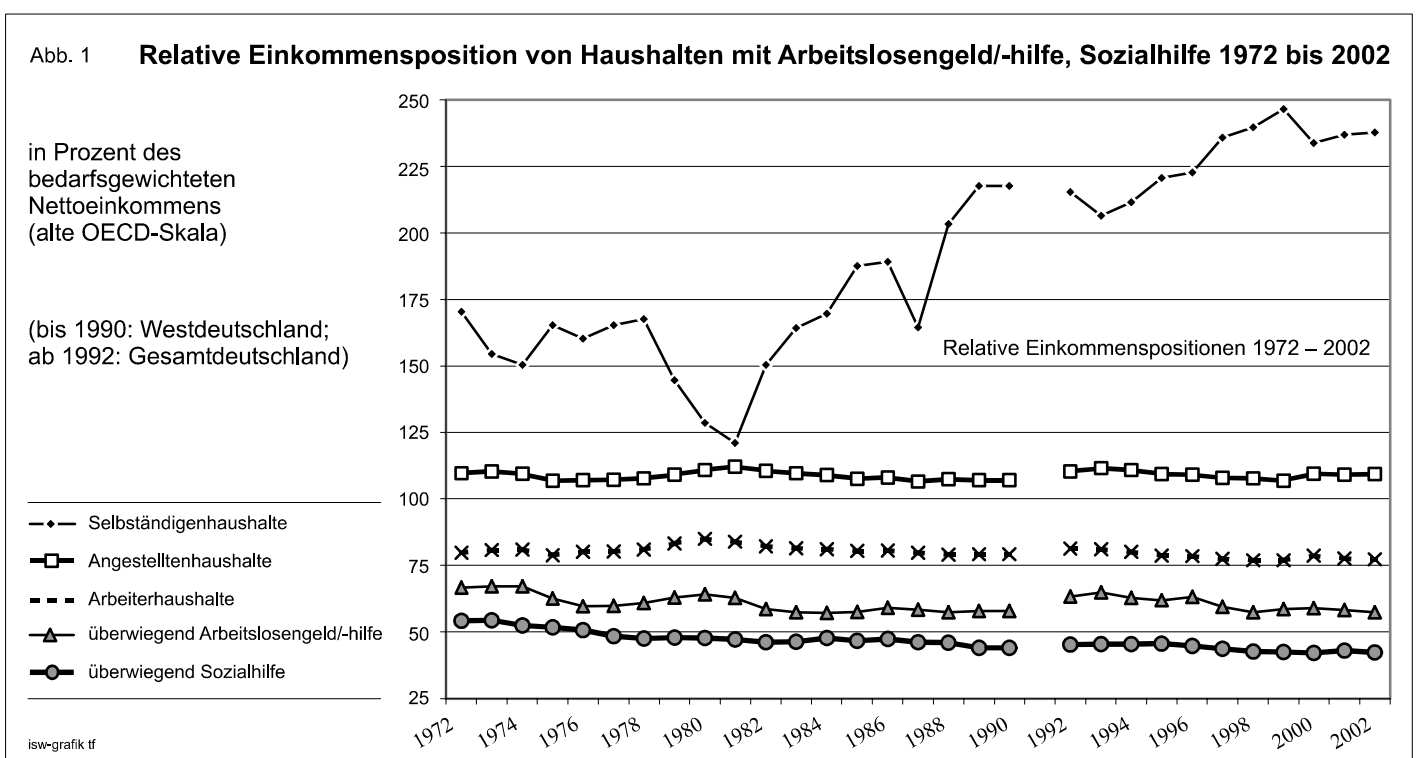
Nicht viel anders hat sich die Situation der Haushalte entwickelt, die überwiegend Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen: Ihr Anteil am Durchschnittseinkommen ist von 67 % im Jahr 1972 auf 58 % vor der Wende zurückgegangen (Westdeutschland). Und auch für die Zeit nach der Wende ist ein ähnlicher Trend zu erkennen: Die relative Einkommensposition dieser Haushalte verschlechterte sich von 63 % auf 57 %. Und auch auf diese Haushalte wurde der direkte Druck verstärkt, jede Arbeit anzunehmen: Der Qualifikations- und der Einkommenschutz wurden schon während der 90er Jahre Stück für Stück abgeschafft.

Nach einem Zeitraum von über 30 Jahren können wir folgendes feststellen: Die finanzielle Situation von Haushalten, die überwiegend von Sozialhilfe oder von Ar-

beitslosengeld oder -hilfe leben, wurde dramatisch verschlechtert. Arbeitslosigkeit führt viele Haushalte schon nach kurzer Zeit an die Armutsgrenze, das Niveau der Sozialhilfe liegt seit Jahren weit darunter. Zusätzlich zu diesem enormen finanziellen Druck, mit dem diese Haushalte leben müssen, wurde ein faktischer Arbeitszwang geschaffen: Die Ablehnung von sogenannter zumutbarer Arbeit wird mit Sperrzeiten oder mit dem gänzlichem Verlust der Leistung bestraft.

Nach der neoliberalen Behauptung hätten diese Entwicklungen zu mehr Beschäftigung führen müssen. Insbesondere, da auch weitere Forderungen dieser Art Realität geworden sind: Das Durchschnittseinkommen von Arbeiter- bzw. Angestelltenhaushalten ist ebenfalls gesunken – besonders das der Arbeiterhaushalte – und der Abstand zwischen diesen und den Haushalten, die die genannten sozialen Transferleistungen beziehen, ist größer geworden. Das heißt, das sogenannte Lohnabstandsgebot bleibt noch immer erfüllt – auf insgesamt abgesenktem Niveau. Die genannten Entwicklungen gehen mit deutlichen Einkommengewinnen unter den Selbständigenhaushalten einher, die ihre relative Einkommensposition von 170 % auf fast 240 % des Durchschnitts steigern konnten. Aber: Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gestiegen.

	Westdeutschland			Gesamtdeutschland	
	1972	1980	1990	1992	2002
Selbständige	170%	129%	218%	215%	238%
Angestellte	110%	111%	107%	110%	109%
Arbeiter	80%	85%	79%	81%	77%
Arbeitslosengeld/-hilfe	67%	64%	58%	63%	57%
Sozialhilfe	54%	48%	44%	45%	42%



### 3.2 Ausmaß und Entwicklung des Niedriglohnbereichs

In Deutschland gibt es – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – keinen gesetzlichen Mindestlohn. Das heißt, die Einkommensskala ist im Prinzip nach unten offen. Wo kein Tarifvertrag gilt, können – vor allem in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit – Arbeitgeber die Entgelthöhe einseitig bestimmen. Zwar bildet das Niveau der sozialen Transferleistungen für arbeitslose Personen einen psychologischen Schwellenwert, aber erstens liegt schon dieser auf einem sehr *niedrigem Niveau*; zweitens wurde der *gesetzliche Druck* auf arbeitslose Personen massiv verstärkt, auch Arbeit anzunehmen, deren Bezahlung auf diesem Niveau liegt; drittens steigt seit einigen Jahren die Zahl der Personen, die *ergänzende Sozialhilfe* erhalten, d.h. deren Arbeitseinkommen nicht zum Leben reicht; und viertens gibt es gerade unter den abhängig Beschäftigten etliche Personen, die eigentlich Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe haben, aber diesen *Anspruch nicht umsetzen*. Schon diese Entwicklungen weisen darauf hin, dass der vielzitierte neoliberale Grundsatz *"jede Arbeit ist besser als keine Arbeit"* bereits Realität ist und es auch faktisch keine fixierte untere Entgeltgrenze mehr in Deutschland gibt. Aber betrachten wir auch hier wieder die sachliche Entwicklung:

Ausgangspunkt für die Analyse von Niedrigeinkommen sind die durchschnittlichen *Vollzeiteinkommen aus ganzjähriger Erwerbstätigkeit* (vgl. Kasten). Im Jahr 2003 lag dieses Durchschnittseinkommen von Vollzeitbeschäftigten bei rund 2.600 Euro pro Monat. Als *Armutslöhne* bezeichnet man Einkommen, die der Person – trotz Vollzeitarbeit – keine angemessene Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. In der Regel lassen diese Löhne auch keine eigenständige Versorgung von Angehörigen (Kinder, PartnerIn) zu. Auf Basis einer Vielzahl von Untersuchungen in verschiedenen Industrieländern wurde ermittelt, dass dieser Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe ungefähr bei einem Einkommen unterhalb von 50 % des durchschnittlichen Vollzeiteinkommens beginnt, d.h. bei Einkommen unterhalb von 1.300 Euro (brutto) im Monat. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bleiben einer Person mit einem Armutseinkommen also maximal 900 Euro netto. Aber auch Einkommen, die zwischen 50 % und 75 % des Durchschnitts liegen, bieten nur unzureichend soziale Sicherheit: Bereits wenige unvorhergesehene Lebenssituationen (z.B. Mieterhöhungen, Zahnarztrechnungen, Autounfall, etc.) oder auch normale Lebensrisiken (vorübergehende Arbeitslosigkeit, längere Krankheit, Verrichtung) führen dazu, dass Menschen mit prekären Einkommen nur noch sehr eingeschränkt am gesellschaftlichem Leben teilhaben können. Die Grenze zum prekären Einkommen lag 2003 bei rund 1.960 Euro (brutto). *Diese Darstellung der Armuts- und Niedrigeinkommen bezieht sich ausschließlich auf Vollzeiteinkommen.* Dies liegt zum einen schlicht daran, dass für nachfolgende Analysen keine Datenquellen verfügbar sind, die sich auf Stundenlöhne beziehen und somit auch die Betrachtung von Teilzeiteinkommen zuließen. Darüber hinaus wird der Grundsatz, dass ein Vollzeiteinkommen zum Leben ausreichen muss, zwar nach wie vor von vielen Menschen geteilt, für Teilzeitarbeit hat dieser Grundsatz jedoch nie Gültigkeit erlangt.

Werfen wir nun einen Blick auf eine Entwicklung, die es nach neoliberaler Auffassung noch gar nicht gegeben haben dürfte – nämlich die Entwicklung von Niedrigeinkommen in Westdeutschland von 1975 bis 1997 (aktuellere Daten sind derzeit nicht verfügbar). In diesem Zeitraum ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten unterhalb der 50%-Grenze, also der Armutslöhne, von 10 auf 12 Prozent gestiegen (vgl. Abb. 2). D.h. jede achte vollzeitbeschäftigte Person konnte langfristig nur unter großen Entbehrungen von ihrem Vollzeiteinkommen leben. Noch stärker ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im prekären Bereich angestiegen: 1997 lag bereits ein Viertel der Arbeitsverhältnisse in diesem Einkommensbereich. Zusammengenommen hat sich damit gegenüber 1975 der prekäre und der Niedrigeinkommensbereich von 29 % auf 36 % deutlich ausgeweitet. Eine gemeinsame Betrachtung von Ost- und Westdeutschland zeigt, dass Ende der 90er Jahre fast 8 Mio. vollzeitbeschäftigte Menschen (von knapp 22 Millionen Vollzeitbeschäftigten) nicht oder nur unzureichend in der Lage waren, mit einem Vollzeiteinkommen ihr eigenes Leben und das von Kindern zu finanzieren oder auch nur vorübergehend den Wegfall des Partnereinkommens auszugleichen.

#### Was sind Niedrigeinkommen?

- **Vollzeiteinkommen weit unterhalb des durchschnittlichen Vollzeiteinkommens aus Erwerbstätigkeit**

Durchschnittseinkommen (Vollzeit) 2003:  
Brutto: 2.610 EUR (Monat) 15 EUR (Stunde)

- **Armutslöhne: Ausschluss von einer angemessenen Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben – trotz Vollzeitarbeit!**

- **Weniger als 50 % des Durchschnittslohn.**

Brutto: weniger als 1.300 EUR (Monat)  
7,50 EUR (Stunde)

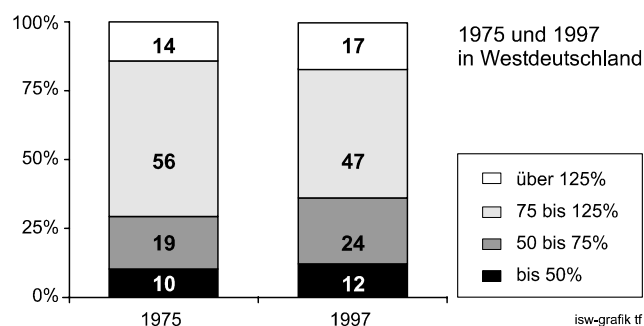
- **Prekäre Einkommen: Unsichere gesellschaftliche Teilhabe, kaum Sicherheiten für unvorhergesehene Lebenssituationen oder normale Lebensrisiken' (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter,...)**

**Weniger als 75 % – 50 % des Durchschnittslohns**  
Brutto: weniger als 1.960 EUR (Monat) 11,25 EUR (Stunde)

Abb. 2

#### Armuts- und prekäre Einkommen trotz Vollzeitarbeit

##### Relative Lohnposition von Vollzeitbeschäftigten (ohne Azubis)



Entgegen der neoliberalen Propaganda gibt es bereits einen großen und einen sich ausweitenden Niedriglohnbereich in Deutschland. Niedriglöhne konnten und können sich bei knappem Arbeitsplatzangebot voll entwickeln. Flankiert durch zunehmenden Arbeitszwang nimmt der Anteil von Niedriglöhnen und von arbeitenden Armen zu. Selbst eine Vollzeitstelle bietet keine Garantie für einen existenzsichernden Verdienst. Vielmehr muss in zahlreichen Fällen von akuter oder dauerhafter Armut ausgegangen werden.

#### **4. Halten die neoliberalen Behauptungen einer logischen Überprüfung stand?**

Die Datenlage spricht eindeutig gegen die neoliberale Sozialstaatskritik und gegen die These "Niedrige Einkommen senken die Arbeitslosigkeit". Leider zeigt sich allzu oft, dass sich die entsprechenden Propagandisten aus dem Lager der Arbeitgeberverbände, der Politik und der sogenannten Wissenschaft, äußerst unbeeindruckt von solchen Daten zeigen. Sie behaupten schlicht, es hätte eben noch nicht ausreichend soziale Kürzungen gegeben und der Niedriglohnbereich müsse noch stärker ausgeweitet werden. Da diese Argumentation gegen jede statistische Überprüfung gefeilt ist, wenden wir uns nun einer logischen Überprüfung der neoliberalen Behauptungen zu.

##### **4.1 Ist der Arbeitsmarkt ein Markt wie jeder andere?**

Wie eingangs erwähnt stellt in der neoliberalen Sichtweise der Arbeitsmarkt einen Markt wie jeder andere dar, der durch einen Markt-Preis-Mechanismus gesteuert wird. Das Angebot von Arbeitskraft-Anbietern und die Nachfrage nach Arbeitskraft durch die Unternehmen kommen danach in ein Gleichgewicht, weil sie über einen flexiblen Preis (das ist die Lohnhöhe) gesteuert werden. Dauerhafte Arbeitslosigkeit ist aus dieser Sicht nicht vorstellbar und kann allenfalls aufgrund von Marktstörungen auftreten (z.B. durch staatliche Eingriffe, Organisation der Beschäftigten in Gewerkschaften, um höhere Preise für den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu bekommen, Tariflöhne, usw.). Solche marktfremden Steuerungen sind, weil sie die "ideale" Funktionsweise des Arbeitsmarktes behindern, aus neoliberaler Sicht schädlich und deshalb zu beseitigen.

Diese Sichtweise des Arbeitsmarktes ignoriert, dass die "Ware Arbeitskraft", also das am Arbeitsmarkt gehandelte Gut, keineswegs ein Gut wie jedes andere ist. Deswegen unterscheidet sich auch der Arbeitsmarkt grundlegend von anderen Märkten (vgl. zum folgenden: Bäcker u.a. 2000): Ein Mensch, der seine Arbeitskraft verkaufen will, bringt sich selbst – in seiner leiblichen Hülle – in den Markt- und Produktionsprozess ein. Er ist auf den Verkauf seiner Arbeitsleistung existenziell angewiesen, denn das Arbeitsentgelt stellt grundsätzlich die einzige Quelle zur Deckung seines Lebensunterhalts dar. Jemand, der nicht über Kapital verfügt, kann sein Arbeitskraftangebot nicht dauerhaft zurückhalten und auch nicht kurzfri-

stig räumlich verlagern. *Faktisch besteht also für die Anbieter von Arbeitskraft ein Angebotszwang.* Aus diesem Grund verliert auch die Modellvorstellung, dass bei sinkendem Preis (also bei sinkendem Lohnniveau), das (Arbeitskraft-)Angebot zurückgeht, seine Gültigkeit. Im Gegenteil: Wenn die Preise (Lohnhöhe), die Unternehmen gewillt sind zu zahlen, sinken, dann müssen die Anbieter von Arbeitskraft (also die Beschäftigten) sogar versuchen, ihr bezahltes Arbeitsvolumen auszuweiten, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können – sie machen Überstunden oder suchen sich einen Zweit- oder Drittjob. Entgegen den angeblich 'allgemeingültigen Marktgesetzen' von Angebot und Nachfrage erweitert sich das Volumen von angebotener Arbeitskraft bei sinkenden Löhnen, und nimmt umgekehrt keineswegs zu, wenn die Löhne steigen.

Die Unternehmen haben hingegen die Möglichkeit, ihre Produktionsfaktoren zeitlich flexibel und räumlich mobil einzusetzen (Kapital verhungert nicht nach kurzer Zeit, sondern kann meist anderweitig investiert werden). Die Arbeitgeber beziehen daraus eine strukturelle Überlegenheit gegenüber den (von ihnen) abhängigen Beschäftigten. *Insofern ist der Arbeitsmarkt ein Käufermarkt, auf dem die Unternehmen als Käufer die dominante Position einnehmen und Vertragsbedingungen weitgehend bestimmen können.* Formal besteht Vertragsfreiheit, die jedoch durch das real bestehende Machtungleichgewicht überlagert wird. Bei sinkenden sozialstaatlichen Transferleistungen und verschärftem Arbeitszwang durch den Staat verlagert sich dieses Machtungleichgewicht noch drastischer zu Gunsten der Unternehmen.

Die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander kann und wird insbesondere bei anhaltender und hoher Arbeitslosigkeit zur Anpassung des Preises für die Arbeitskraft (Lohn) nach unten führen, bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit, da die Beschäftigten gezwungen sind, deutlich mehr zu arbeiten. Im Gegensatz zu den neoliberalen Behauptungen lässt sich dieser Zusammenhang anhand der Daten für die Vergangenheit zeigen.

##### **4.2 Die wirtschaftliche Bedeutung von Löhnen und sozialen Transferleistungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit**

In der neoliberalen Behauptung führt nur eine Senkung der Löhne und eine Erhöhung der Gewinne bzw. der Unternehmereinkommen zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit, da die Profite natürlich für Neuinvestitionen vorgesehen seien und so neue Beschäftigung schufen. Doch diesen Automatismus gibt es nicht. Weder lässt sich für die Vergangenheit ein Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen zeigen, noch gibt es – rein logisch – nur diese eine Möglichkeit. Darauf hat u.a. der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes bereits während der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts verwiesen. Er konnte belegen, dass Ersparnisse – auch in Form von entnommenen Gewinnen – zurückgehalten werden können und keinen Anlass zu Investitionen geben, die in der Lage wären, die Arbeitslosigkeit zu senken. Gerade bei hohen Einkommen nimmt der Anteil für Sparen – im Vergleich zu den Konsumausgaben – überdurchschnittlich zu, was sich aber weder in einer zusätzlichen Nachfrage auf den Binnenmärkten noch in Neu-

investitionen niederschlagen muss – die Anlage in Aktien, Anleihen, Fonds, etc. ist unter Umständen aus Sicht der Geldvermögensbesitzer lukrativer.

Im Gegensatz dazu sind niedrige und mittlere Einkommen, vor allem aber die sozialen Transferleistungen hochgradig konsumtiv: Das bedeutet, dass diese Einkommen fast vollständig in den Konsum fließen, das heißt, sie lassen die Nachfrage nach Waren oder Dienstleistungen ansteigen. Vereinfacht gesagt, jeden Euro, den z.B. arbeitslose Personen mehr an Leistung beziehen, werden sie im nächsten Einzelhandelsgeschäft ausgeben, und damit stimulieren sie – wie Keynes nachweisen konnte – das ökonomische System. Umgekehrt schlagen sich Kürzungen der Transferleistungen in einer nochmaligen Absenkung des Konsums nieder. Das selbe Prinzip gilt auch für die Bezieher von niedrigen oder auch mittleren Einkommen.

Bei den aktiv Erwerbstätigen kommt jedoch noch hinzu, dass die Höhe ihrer Löhne und Gehälter nicht nur maßgeblich ihre Lebenssituation während der Zeit der Erwerbstätigkeit bestimmt, sondern auch während der Rente oder in Zeiten von Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus ruht – gerade in Deutschland – die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, d.h. der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung, auf möglichst vielen stabilen und durchschnittlichen Löhnen und Gehältern. Dass heißt, ihre Bruttoeinkommen sind die Grundlage für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, zum Beispiel für die sozialen Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit aber auch für die Renten. Werden die Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze erhöht (das sind alle Einkommen bis zum 1,25-fachen des Durchschnitts), steigen demnach nicht nur die Konsumausgaben sondern auch die Einnahmen für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, etc. Es wäre also – auch aus rein wirtschaftspolitischen Erwägungen – geboten, die unteren Einkommen und die sozialen Transferleistungen anzuheben – mithin das Gegenteil dessen zu tun, was uns die neoliberalen Propagandisten Tag für Tag verkünden.

---

Tatjana Fuchs (Diplom-Soziologin)  
ist Mitarbeiterin des isw

#### Literatur

Baureithel, Ulricke (2002): Die neue Sozialstaatsdebatte modifiziert den Grundsatz der Gleichheit, in: Das Parlament vom 16.5.2002, im Internet abrufbar unter <http://www.bundestag.de>

Bäcker, Gerhard (2002 b): Arbeit um jeden Preis Um- und Abbau des Sozialstaats durch Niedriglohnbeschäftigung, in: WISO (Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Linz/Österreich) (1). 2002

Keynes, John Maynard (1936): "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", London.

Conrad Schuhler

## Irrtum Nr. 4: Die Globalisierung erhöht den Wohlstand aller Nationen und hilft, die Teilung der Welt in Arm und Reich zu überwinden.

### Kapitel I

#### Globalisierung – eine neue Epoche beginnt

Was die Weltwirtschaft anlangt, meinte Kurt Tucholsky vor 80 Jahren, so sei sie verflochten. Auf diesem satirischen Niveau der Zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verharren heute noch viele politische Akteure, sowohl linker wie neoliberaler Denkungsart. Manche linken Wirtschaftswissenschaftler und -politiker leugnen oder negieren die neue Qualität der weltwirtschaftlichen Verflechtung, weil sie so das Alibi der nationalen Politik, man müsse wegen globaler Sachzwänge die sozialen, ökologischen und konjunkturpolitischen Standards aufgeben, aus dem Weg räumen wollen. Neoliberale Propagandisten wie der frühere FDP-Minister Graf Lambsdorff preisen das "Manchestertum" und den von ihm durchgesetzten "freien Welthandel", der schon vor 150 Jahren den größten sozialen Aufschwung der Menschheit erbracht habe, als Rezept und Legitimation der heutigen Globalisierung.<sup>1</sup>

Lambsdorffs monströse Behauptung zur historischen Rolle von Kapitalismus und Freihandel – bekanntlich entstieg vor rund 150 Jahren dem wachsenden sozialen Elend der Arbeiterklasse in den Industrieländern das "Gespenst des Kommunismus" – einmal beiseite, manche Neu-Keynesianer und Liberale eint das Beharren darauf, dass für Wirtschaft und Gesellschaft, wenn die politischen Akteure nur wollten, die überkommenen Geschäftsgrundlagen gelten könnten, weil die Globalisierung keine grundsätzlich neue Situation geschaffen habe. Tatsächlich aber haben wir es mit einer prinzipiell neuen Art von globaler wirtschaftlicher Verflechtung zu tun, die es nahe legt, "Globalisierung als Prozess der Transformation einer Gesellschaftsformation zu fassen, als eine 'great transformation' des späten 20. Jahrhunderts".<sup>2</sup> Der Vergleich mit der "great transformation" beim Übergang zum industriellen Kapitalismus vor 200 Jahren ist deshalb gerechtfertigt, weil sich Globalisierung nicht nur und nicht in erster Linie durch das An-

schwellen der grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalströme konstituiert, sondern durch die Herausbildung globaler wirtschaftlicher Parameter, die für alle "Volkswirtschaften" verbindlich sind. "Globalisierung ist ein gesellschaftliches Verhältnis, das in ökonomischen, technischen, kulturellen Prozessen am Ende des 20. Jahrhunderts strukturierend wirkt."<sup>3</sup>

Ein Vergleich mit den Ausgangsdaten 1945, dem Ende des Zweiten Weltkriegs, gibt ersten Aufschluss über die neue Qualität. "Seit damals stiegen die Weltproduktion um 500 % und der Welthandel um 1.200 %, die Ausländischen Direktinvestitionen (ADI), also der Aufbau von Produktionsstätten im Ausland, aber um 3.600 %."<sup>4</sup> Die sich aus den ADI addierenden Kapitalbestände haben sich weltweit seit 1980 auf 7,1 Billionen Dollar mehr als verzehnfacht, betragen also fast ein Viertel des jährlichen Weltsozialprodukts. In den Entwicklungsländern machen die ADI-Bestände ein Drittel der Volkseinkommen aus. 1980 waren es noch 13 %.<sup>5</sup> Allein auf die Auslandstöchter der Transnationalen Unternehmen – rund 65.000 mit 850.000 Auslandsfilialen – entfallen 11 % des Welt-Sozialproduktes (1990: 6,5 %) und ein Drittel der Weltexporte.<sup>6</sup> Mutter- und Tochtergesellschaften zusammen erstellen ein Viertel des Welt-Sozialprodukts, sind für zwei Drittel des Welthandels verantwortlich und realisieren vier Fünftel der weltweiten Forschung und Entwicklung.<sup>7</sup> Mehr als ein Viertel der gesamten Wirtschaftsaktivität der Welt fließt als Einnahmen in die Kassen der 200 größten Transnationalen Konzerne.<sup>8</sup> Globalisierung und wachsende Macht der Größten gehören zusammen. Betrug der Anteil der 100 größten Transnationalen Konzerne 1990 schon 3,5 % am Welt-Sozialprodukt, so waren es 2000 sogar 4,3 %.<sup>9</sup>

So gewaltig sich die sprunghaften quantitativen Zuwächse auch ausnehmen, die eigentliche "Sprengkraft" liegt in der neuen Qualität der ADI. Die Transnationalisierung der Konzerne bedeutet nicht einfach, dass "Multis" ihr überschüssiges Kapital im Ausland anlegen, um dort Produkte für diesen Markt herzustellen oder dort Waren – beispielsweise Rohstoffe oder landwirtschaftliche Güter – für den Weltmarkt zu produzieren. Vielmehr machen es die modernen Informations- und Transporttechnologien – "the death of distance" – sowohl möglich

1) Otto Graf Lambsdorff: Die Aktualität von "Manchester": Freiheit und Freihandel als soziale Politik. Rede vor dem liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, 26.5.2004. Die FDP-Stiftung, deren Vorsitzender Lambsdorff ist, hat sich die Propagierung der neoliberalen Globalisierung als Lösung der sozialen Weltprobleme zum Schwerpunkt gesetzt. Siehe [www.fnst.org](http://www.fnst.org)

2) Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 2004, S. 31

3) A.a.O., S. 38

4) Conrad Schuhler: Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Köln 2003, S. 99

5) UNCTAD: Developed Countries dominate world FDI Stock. Press Release, 25.8.2003

6) UNCTAD: World Investment Report 2002, S. XV

7) Leo Mayer/Fred Schmid: Die Macht der Multis. isw-Forschungshefte 1, München 2002, S. 11

8) Der Spiegel, 30/2001

9) UNCTAD, a.a.O., S. 91

als auch rentabel, dass die Transnationalen Konzerne (TNK) ihre Produktionsprozesse in einzelne Segmente zerlegen und weit von einander entfernte Produktionsstätten zu globalen Wertschöpfungsketten verknüpfen können. Mit Hilfe der neuen Technologien vermag das Management, die jeweils günstigsten nationalen Bedingungen an Qualifikationen der Arbeitnehmer, an Löhnen, Steuern, Krediten, Subventionen usw. auszuschöpfen. Diese Entwicklung zur "globalen Fabrik" zeigt sich einmal im "Transnationalitätsindex" der 100 größten TNK der Welt. Über 50 % von deren Umsatz und Beschäftigten entfallen auf das Ausland, und die Transnationalität nimmt jedes Jahr zu, von 1999 auf 2000 von 52,3 % auf 55,7 %<sup>10</sup>. Dass die global verteilten Produktionsstätten der TNK Teile eines global integrierten Produktionsnetzes sind, erweist sich zum anderen darin, dass ein Drittel des gesamten Welthandels sogenannter "intra-firm trade" ist, also innerhalb der globalen Wertschöpfung der einzelnen TNK stattfindet.<sup>11</sup>

Damit das weltweit operierende Kapital den Globus ungehindert als Verwertungsraum nutzen kann, müssen nationale Beschränkungen fallen. Diesem Ziel dienen die Anstrengungen von Internationalem Währungsfonds, Weltbank und vor allem der Welthandelsorganisation (WTO), die ein weltweites Investitionsregime installieren will. Bei der letzten WTO-Konferenz Ende 2003 in Cancun/Mexico ist der entsprechende Versuch einer internationalen Regelung fürs erste vor allem am Widerstand der Schwellenländer gescheitert. Man darf aber nicht übersehen, dass der "freie Kapitalverkehr" weitgehend mit Hilfe "Bilateraler Investitionsverträge" (BITs) durchgesetzt wird. Ende 2002 gab es 2.181 solcher Verträge. 26 Industrieländer haben im Durchschnitt 45 BITs abgeschlossen. Auf jedes der betroffenen 150 Entwicklungsländer kommen durchschnittlich 12 BITs. 95 % der BITs haben die Begünstigung ausländischer Direktinvestitionen zum Inhalt.<sup>12</sup> Wir haben es also mit einem engmaschigen internationalen Netz zu tun, das Völker, Kulturen und Natur für die Verwertungsbedürfnisse des transnationalen Kapitals zurecht bindet. Alle Volkswirtschaften und Gesellschaften unterliegen nun durch "benchmarking" (jeder unternehmerische Vorgang wird am international profitabelsten Beispiel gemessen und entsprechend getätigt, unterlassen oder korrigiert) und dem "Rating" der Profitfähigkeit der gesamten Gesellschaft durch spezialisierte Agenturen globalen Kriterien kapitalistischer Verwertung.

Die "globale Fabrik" unterwirft den gesamten Globus und alle Kulturen der Rationalität des global operierenden Kapitals. Dies ist das eine fundamental neue Strukturprinzip. Die Globalisierung der Finanzmärkte und deren Diktat über die Produktion ist das andere. Analog zur Entwicklung der ADI haben sich auch die Umsätze auf den Devisenmärkten weit schneller erhöht als Produktion und Handel. Von den 80er zu den 90er Jahren haben sie sich auf rund 1,2 Billionen Dollar pro Tag

verfünffacht. Für die Zirkulation des Welthandels würden täglich 27 Milliarden Dollar ausreichen. Die internationalen Finanztransaktionen haben also nur noch zu 2 % mit Handel, zu 98 % aber mit Kredit und Spekulation zu tun.<sup>13</sup> Hauptquelle der weltweiten Finanzgeschäfte sind die Transnationalen Konzerne, die Ende der Neunziger Jahre über 13 Billionen Dollar an mobilisierbarem Vermögen verfügten, Pensionsfonds und Versicherungen, die zusammen über 13 Billionen aufbieten konnten und Privatpersonen, die damals 29 Billionen Dollar aufzuweisen hatten.<sup>14</sup> Im Jahr 2001 verfügten 7,1 Millionen Dollar-Millionäre über ein Geldvermögen von 30 Billionen Dollar, was dem Welt-Sozialprodukt entspricht.<sup>15</sup> Die privaten Finanzvermögen wachsen weit schneller als das Bruttosozialprodukt, in Deutschland in den letzten 30 Jahren doppelt so schnell. Heute beträgt in Deutschland das Geldvermögen Privater fast das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts. Diese gewaltigen Vermögen kreisen um den Globus auf der Suche nach der profitabelsten Anlage. Es geht längst nicht mehr um die Finanzierung "innovativer Unternehmer", deren scharenweises Auftreten nach Schumpeter die Konjunktur in die Höhe treibt, nicht mehr um die reale Akkumulation, sondern um die finanzielle Akkumulation, die Vermehrung der Geldvermögen. Deshalb verwandelt sich "die historische Form (...) in einen Casino-, in einen Arbitrage- oder Derivatkapitalismus".<sup>16</sup>

Dass Kapital nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Mehrung von Gebrauchswerten, sondern primär der Vermehrung von Geld, von Tauschwert, eingesetzt wird, ist ein Kennzeichen des globalen Kapitalismus. Dies gilt nicht nur für institutionelle Anleger und Spekulanten, sondern auch für die Unternehmen. Geld in den Transnationalen Konzernen wird nach den Prinzipien des Shareholder Values, des Höchstetrags für den Kapitaleinsatz, verwendet. Ziel ist nicht mehr die Stärkung der Innovationskraft, die Entwicklung neuer Produkte u.ä., sondern die Erzielung eines im internationalen Vergleich maximalen "Geschäftswertbeitrages", d.h. der maximalen Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Diese Verzinsung wird in den kurzen Frequenzen der Börsen- und Analystenrhythmik gemessen. Es geht nicht mehr darum, ob Technologie entwickelt und der Markt mit mehr und besseren Produkten bedient wird, und es genügt auch nicht, dass Arbeit einen höheren Wert schafft, als sie selbst kostet – einziges Kriterium ist, dass sie in kurzer Frist einen Profit auf internationalem Höchstniveau zeitigt.<sup>17</sup>

Wenn wir über den angeblichen Segen der Globalisierung urteilen wollen, müssen wir also wissen, dass es sich dabei nicht schlechthin um den "internationalen Freihandel" oder um einen Expansionsvorgang des Kapitalismus handelt, wie wir ihn seit Jahrhunderten kennen. Wir haben es vielmehr mit dem neuen strukturbestimmenden Element der heutigen Weltordnung zu tun: wo auch immer auf dem Globus, ob es sich um Wirtschaft, Kultur, Natur oder Menschen handelt – es fällt unter die

10) UNCTAD: World Investment Report 2002, S. 89

11) UNCTAD: World Investment Report 2000, S. 17

12) UNCTAD: 2002 a record year for liberalizing FDI laws and regulations. Presse Release, 21.8.2003

13) Altwater/Mahnkopf, S. 185f.

14) A.a.O., S. 189

15) Vgl. Christoph Deutschmann: Ende und Wiederkehr des Keynesianismus – Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik. In: Leviathan, Jg. 31, Nr. 3, S. 291 – 302

16) Altwater/Mahnkopf, S. 170

17) Vgl. dazu Conrad Schuhler: Schöne Neue Siemens Welt. Von der "Siemens-Familie" zur "new corporate culture". München 2003, S. 14ff

Inwertsetzung durch das globale Kapital, oder es wird, wenn es für das globale Kapital wertlos oder nicht wertvoll genug ist, exkludiert, vom sozio-ökonomischen Prozess ausgeschlossen.

## Kapitel II

### **Komparative Kostenvorteile: Die Theorie vom allgemeinen Nutzen der internationalen Arbeitsteilung und warum sie mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat**

Internationaler Handel, so das Credo der neoliberalen Globalisierungsbefürworter, führe über die Vertiefung der Arbeitsteilung zu mehr Produktion und Wachstum und zur Zunahme von Beschäftigung und Wohlstand aller, wenn denn die politisch gesetzten Schranken wie Zölle, Subventionen u.ä. fallen. Dieses Credo theoretisch zu fundieren, macht sich Hans-Werner Sinn im Widerspruch zu seinem Gestus als Weltökonom kaum die Mühe. Lapidar heißt es: "Durch die Konkurrenz der Händler und die Reaktionen der Produzenten, die die Händler mit ihren Waren beliefern, entsteht vielmehr die Möglichkeit, dass sich die Anbieter, seien es einzelne Menschen, Firmen oder ganze Länder, auf die Produktion jener Güter konzentrieren, bei denen sie vergleichsweise günstige Bedingungen haben und Größenvorteile in der Produktion realisieren können. Die Vorteile kommen den am Handel beteiligten Volkswirtschaften ganz allgemein zugute und erhöhen den Lebensstandard aller."<sup>18</sup>

Was der Chef des Ifo-Instituts hier beiläufig und etwas umständlich hinsetzt, soll eine populäre Version der Theorie der komparativen Kostenvorteile sein, die David Ricardo, ein englischer Börsenmakler und Ökonom entwickelt hat<sup>19</sup> und die bis heute als theoretische Begründung der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung fungiert. Andere neoliberale Propagandisten strengen sich auf dem Feld der Theorie mehr an als der Ifo-Mann. So widmen Balsler/Bauchmüller, zwei Wirtschaftsredakteure der Süddeutschen Zeitung, die ausführliche Einleitung ihrer Schrift gegen die Globalisierungsgegner<sup>20</sup> dem Ricardo-Theorem.

Ricardo war in einem entscheidenden Punkt über Adam Smith hinausgegangen, der im Widerspruch zu den Merkantilisten, für die der Außenhandel der eigenen Nation Überschüsse in Form von Gold und Silber zu erzielen hatte, bereits die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung als Faktor der Steigerung des Wohlstands aller Nationen postulierte.<sup>21</sup> Hätte das Modell der Merkantilisten der Realität entsprochen, so hätte der gesamte internationale Handel schnell zum Erliegen kommen müssen. Denn wenn jede Nation positive Handelsbilanzen aufweisen will, bleibt kein Land übrig, das diese Überschüsse bezahlen könnte. Handelsbilanzüberschüsse und -defizite müssen sich definitorisch immer ausgleichen.

Nach der Theorie von Adam Smith nun nehmen die verschiedenen Länder am Welthandel mit den Gütern teil, die bei ihnen am kostengünstigsten hergestellt werden können. Jetzt bedeutet der Vorteil – die Zunahme des Exports – des einen nicht mehr den Nachteil – das Handelsbilanzdefizit – des anderen. Indem jedes Land sich auf die Produktion jener Waren konzentriert, bei denen es absolute Kostenvorteile hat, wird die Produktmenge und Produktivität von allen erhöht. Überall wird für größere Märkte produziert, was die Kosten senkt, überall wird die Arbeitskraft im internationalen Vergleich optimal eingesetzt, was die Produktmengen und die Produktivkräfte im internationalen Maßstab anhebt. Bei ausgeglichenen Bilanzen ist der Wohlstand aller Nationen gestiegen.

Doch auch dieses Smithsche Modell enthält einen großen weißen Fleck. Was geschieht, wenn ein Land in absoluten Kosten gemessen bei allen Waren Nachteile aufweist? Kann es dann nichts ausführen? Und umgekehrt: Wenn es denn nichts ausführen kann, erzielt es auch keine Einnahmen, um Importe zu bezahlen. Das Land, das bei allen Gütern das wettbewerbsfähigste ist, würde zwar alle anderen niederkonkurrieren können, müsste dann aber bald seine Exporte mangels internationaler Kaufkraft einstellen. Hier nun fand Ricardo die weiterführende Erklärung, dass nicht die absoluten, sondern die komparativen Kostenvorteile entscheidend seien für die Teilnahme am internationalen Handel. Denn selbst wenn ein Land in der Lage ist, sämtliche Güter und Dienste zu niedrigeren Kosten anzubieten als irgendein anderes, so ist es für dieses doch von Vorteil, sich auf die Produkte zu konzentrieren, bei denen es die größten Kostenvorteile hat, und andere Produkte, bei denen es einen absoluten, aber geringeren Kostenvorteil hat, arbeitsteilig anderen Ländern überlässt und von diesen einführt.

Ricardos berühmtes Beispiel bezieht sich auf Portugal und England, die beide Wein und Tuch produzieren, wobei Portugal bei beiden Produkten absolute Kostenvorteile hat. (Pikanterweise drehen Balsler/Bauchmüller in ihrer Schrift gegen die Globalisierungskritiker das Länder-Verhältnis um: Bei ihnen ist es England, das bei beiden Produkten vorne liegt. Ihre Ricardo-Umdeutung geht noch weiter. Angeblich habe Ricardo "der Einfachheit halber" vorausgesetzt, dass die Waren sich in Arbeitszeit umrechnen lassen. Mit Einfachheit hat dies aber nichts zu tun, sondern nach Ricardo bestimmt sich der Wert der Waren tatsächlich nach dem Quantum der in sie eingegangenen Arbeit. Da die Arbeitswertlehre im neoliberalen Katechismus aber nicht vorkommen darf, müssen die Autoren solche geistigen Verrenkungen vollführen.<sup>22</sup>) Da der Kostenvorsprung beim Wein aber größer ist als beim Tuch, ist es für Portugal vorteilhafter, auf die Tuchproduktion zu verzichten, und die freigesetzte Arbeit mit relativ größerer Effektivität bei der Weinproduktion einzusetzen. Den zusätzlichen Wein exportiert Portugal nach England, das seinerseits die Produktion von Wein eingestellt und die bisher dort gebundene Arbeit auf die Tuchproduktion umgeleitet hat. Portugal erhält

18) Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten? München 2003, S. 86

19) David Ricardo: Principles of Political Economy and Taxation. London 1817. / Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung. Berlin 1959

20) Markus Balsler/Michael Bauchmüller: Die 10 Irrtümer der Globalisierungsgegner – wie man Ideologie mit Fakten widerlegt. Frankfurt/Main 2003, S. 8ff

21) Adam Smith: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Chicago 1976 (1776)

22) Balsler/Bauchmüller, S. 9

im Austausch eine größere Menge an Tuch, als es früher produzieren konnte. Durch die binationale Arbeitsteilung wurde mit der selben Menge an Arbeit eine größere Menge von Wein und Tuch hergestellt, zugunsten der Versorgung in beiden Ländern.

Das Ricardosche Modell hat – ungeachtet auch immanenter Fragwürdigkeiten wie z.B. die Annahme international homogener Arbeit – seine unbestreitbare Logik. Das Problem besteht darin, dass die tatsächlichen Bedingungen der Globalisierung es jeder Aussagekraft berauben. Zwei Gründe vor allem sind es, die das Theorem der komparativen Kostenvorteile für die Erklärung der globalen Entwicklung untauglich machen. Der erste liegt darin, dass die Prozesse von Produktion und internationalem Austausch ganz wesentlich und zwangsläufig politisch bestimmt sind. Anders als zu Zeiten des Goldstandards werden Währungen und Zinsen – wesentliche Parameter des internationalen Austauschs – politisch reguliert. Auch die heftigste Forderung nach freiem Walten der Marktkräfte kann dieses Prinzip nicht aufheben. De facto organisieren die Industrieländer mit den größten komparativen Vorteilen bei den "modernen" Waren über Zölle, Subventionen, internationale Investitions- und Kreditregimes Austauschverhältnisse zu Ungunsten der Marktschwächeren. Es sind gerade die Propheten des "ungehinderten internationalen Güteraustauschs", die eine immer striktere Kontrolle der globalen Märkte durchsetzen. Der Internationale Währungsfonds beaufsichtigt – "monitors" – die makroökonomische Politik seiner 184 Mitgliedsstaaten. Ebenfalls 184 Mitgliedsstaaten zählt die Weltbank. Die Welthandelsorganisation (WTO) umfasst 146 Mitgliedsländer und stellt Regeln für 97 % des Welthandels und für die globale Investitionstätigkeit und den globalen Wettbewerb auf und wacht über deren Einhaltung. Alle diese Organisationen werden von den USA und den übrigen großen Industrieländern dominiert.<sup>23</sup> Die "Terms of Trade", die Preisrelationen der gehandelten Waren, verschlechtern sich seit vielen Jahrzehnten ständig zu Ungunsten der Entwicklungsländer. Nach den Erhebungen von UNDP verloren die Entwicklungsländern in den Neunziger Jahren über solche politisch verfügbaren Nachteile jährlich 500 Milliarden Dollar, zehnmal so viel, wie sie an "Entwicklungshilfe" bekamen.

Doch entkräftet nicht nur die globale politische Regulierung durch die Institutionen des globalen Kapitals den Erklärungswert des Theorems der komparativen Kosten. Im praktischen wie theoretischen Sinn viel gravierender ist, dass Investitionen heute weltweit nicht unter dem Gesichtspunkt komparativer Kosten, sondern unter dem der absoluten Kosten vorgenommen werden. In unserer kurzen Analyse der Globalisierung haben wir die herausragende Bedeutung der Entwicklung hin zur "globalen Fabrik" begründet. Ricardo ging noch von der internationalen Immobilität von Kapital und Arbeit aus. Strukturbestimmend für den globalen Kapitalismus sind jedoch nicht Investoren, die im nationalen Rahmen nach komparativen Vorteilen suchen, sondern Transnationale Konzerne, die über Kapitalexport ihre Wertschöpfungsketten weltweit aufgliedern und dort Einzelteile (oder auch ganze Produkte) herstellen, wo die Kosten global gesehen absolut am niedrigsten sind. Die Parole vom unge-

hinderten internationalen Güteraustausch hat nicht mehr die Mehrung des Wohlstands der Nationen durch intensivere Arbeitsteilung zwischen diesen Nationen zur Grundlage, sondern hat zum Ziel, ungehindert Kapital dorthin zu schieben, wo es die absolut billigsten Produktionsfaktoren antrifft, mithin die höchsten Profite erzielt. Die im abstrakten Modell Ricardos prognostizierten segensreichen Wirkungen der vertieften internationalen Arbeitsteilung können nicht stattfinden, weil das Kapital sich längst nicht mehr am nationalen Verwertungsraum orientiert, sondern sich diese Art von globaler Struktur geschaffen hat. Die Logik dieses globalen Kapitalismus drückt über das Ausspielen der "nationalen Wettbewerbsstaaten" gegeneinander die sozialen Standards weltweit nach unten – "der Wohlstand der Nationen" wird systematisch gesenkt, um die Profite der TNK maximal zu heben.

Mit noch größerer Wucht drückt der internationale Finanzmarkt in die selbe Richtung. Die riesigen Geldvermögen haben überwiegend gar nichts mehr zu tun mit Herstellung und Verteilung von Gebrauchswerten. Die jährlichen Gesamtinvestitionen belaufen sich weltweit auf nicht mehr als 6 Billionen Dollar. Die Geldvermögen indes liegen mittlerweile bei rund 60 Billionen Dollar, die rund um den Erdball auf der Suche nach der absolut höchsten Verzinsung sind, und diese auch noch möglichst kurzfristig erzielen wollen. (vgl. Kapitel 1) Bei diesem Missverhältnis von Geldvermögen und Anlagemöglichkeiten geht es den Geldvermögensbesitzern nicht um die reale, sondern um die finanzielle Akkumulation. Der Casino-Kapitalismus, das Wetten auf die besten Aktien, und das räumliche und zeitliche Strecken des vorhandenen Kapitalstocks über Derivate aller Art schaffen den Aktionsraum für das überschüssige Geldkapital. Der "Wohlstand der Nationen" ist dabei für die internationalen Kapitalmärkten nur insofern ein Faktor, als er ihnen in Form von komparativ höheren Sozial- und Entlohnungssystemen im Wege steht. Die Geldvermögensbesitzer platzieren ihr Geld dorthin, wo die durch globales "benchmarking" und "rating" ermittelten Objekte die absolut höchste Verzinsung erwarten lassen. Das Denken in komparativen Kostenkategorien ist der Logik dieser Kapitalmärkte wesensfremd, ja entgegengesetzt – es geht ihnen um den absoluten Höchstprofit im globalen Verwertungsraum.

## Kapitel III

### **Globalisierung als Gefahr für den "Wohlstand der Nationen" – der empirische Befund**

Dass die Globalisierung allen Beteiligten zugute kommt, gehört zwar immer noch zum Mantra der Neoliberalen, doch bekommt der Glaubenssatz heute einen neuen Akzent. Zu offensichtlich ist, dass die Globalisierung den Arbeitnehmern in Deutschland und anderen Industrieländern erhebliche Nachteile bringt. Von 1986 bis 1996

23) Conrad Schuhler: Unter Brüdern. S. 112 ff



haben die 100 größten deutschen Unternehmen ihre Beschäftigung im Inland um 6 % abgebaut, im Ausland aber um 60 % aufgestockt.<sup>24</sup> Bei den großen Global Players, die auch für den Arbeitsmarkt am stärksten ins Gewicht fallen, findet die Umschichtung der Beschäftigung zu Ungunsten der "Mutterländer" noch schneller und tiefgreifender statt. Bei den 100 größten TNK der Welt – wozu acht deutsche gehören, von den ersten 200 stellt Deutschland 20 – liegt der Auslandsanteil der Beschäftigung klar über 50 %. Auf diesem hohen Niveau entwickelt sich die Beschäftigung weiter gegenläufig: Während die ausländische Beschäftigung von 1999 auf 2000 um 1,1 Millionen zunahm, ging sie in den "Mutterländern" um über 200.000 zurück.<sup>25</sup>

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag schätzt, dass deutsche Unternehmen in der letzten Zeit pro Jahr 45.000 Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.<sup>26</sup> Die Entwicklung beschleunigt sich derzeit, auch wegen der Osterweiterung der EU, rasant. Siemens, das Unternehmen beschäftigt schon heute nur noch 43 % seiner Belegschaft in Deutschland, trägt sich nach Informationen des Gesamtbetriebsrates mit dem Gedanken, weitere rund 70.000 Arbeitsplätze aus Deutschland in Niedriglohn-Länder zu transferieren. Siemens-Chef von Pierer hat verlauten lassen, dass man über höhere Beschäftigung in Deutschland reden könne, wenn die Belegschaft einverstanden wäre, gratis fünf Wochenstunden mehr zu arbeiten. Dies ist der Kern der Globalisierungsbotschaft des Kapitals an die Arbeitnehmer in den Industrieländern: Entweder ihr akzeptiert das soziale Niveau der Niedriglohn-Länder, oder wir gehen mit unserem Kapital dorthin. Komparative Unterschiede in den Arbeitsbeziehungen und Sozialsystemen werden nicht mehr geduldet.

Da die Globalisierung so offenkundig das Leben der Massen der Arbeitnehmer in den Industrieländern verschlechtert, hat man die Botschaft "leicht verändert". Hans Tietmeyer, von 1993 bis 1999 Präsident der Deutschen Bundesbank und seitdem Vorsitzender der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft", also eine höhere Charge der Propagandatruppen des Neoliberalismus, schlägt den neuen Ton an: "Zweifelloos kostet die Verlagerung von Leistungen an kostengünstigere Standorte in den Industrieländern auch Arbeitsplätze. Doch der Saldo aus verlorenen und neuen Jobs ist weltweit positiv. Über die Verteilung dieser Arbeitsplätze entscheidet allerdings der Wettbewerb. Industrieländer müssen deshalb eine Frage beantworten: Können und dürfen wir den Entwicklungsländern Wachstumschancen verbauen, weil wir unsere Wirtschaftsstruktur nicht verändern wollen?"<sup>27</sup> Erwiesen habe sich, "dass die 'Multis' mit ihren Investitionen vielfach einen wichtigen Beitrag zur Steigerung des Lebensstandards in den jeweiligen Gastländern leisten".<sup>28</sup>

Arbeitnehmer in der "Ersten Welt", die ganz offenkundig zu den Verlierern der Globalisierung gehören, sollen ihre Zustimmung zur neuen Weltordnung nicht mehr aus

materiellen Gründen geben – "mehrt unser aller Wohlstand" – sondern aus moralischen Erwägungen – "wir können doch nicht gegen Wachstum und Erhöhung des Lebensstandards in den Armen Ländern sein, nur weil wir gewisse materielle Nachteile haben". Selbst wenn natürlich zu bestreiten ist, ob der Wohlstand der Massen der Bevölkerungen in den verschiedenen Ländern ein Null-Summenspiel sein muss, so ist zunächst zu untersuchen, ob die zugrunde liegende Behauptung, die Globalisierung brächte der Armen Welt einen Aufschwung des Lebensstandards, wirklich zutrifft. Es wird sich erweisen, dass sie ebenso falsch ist wie die theoretischen Prämissen der Globalisierungsideologie.

Aufschlussreich ist wieder einmal die Untersuchung der einschlägigen Einlassungen von Hans-Werner Sinn, der beispielhaft falsche Daten mit irreführenden Statistiken verknüpft. (Obwohl er natürlich nicht der einzige neoliberale Theoretiker ist, der skrupellos mit Zahlen umgeht. In der zitierten Eloge auf die Globalisierung – "Global ist sozial" – versteigt sich Ex-Bundesbankchef Tietmeyer zu der Behauptung, Globalisierung könne auch die Macht an den Märkten relativieren: "Nach UN-Angaben fiel der Anteil der 50 größten Konzerne am Weltsozialprodukt zwischen 1990 und 2000 – obwohl die neunziger Jahre das Jahrzehnt der Globalisierung waren."<sup>29</sup> Ein schönes Beispiel dafür, wie man "mit der Wahrheit lügen kann". Die fragliche UN-Statistik – UNCTAD: World Investment Report 2002, S. 91 – gibt in der Tat wieder, dass die größten 50 Konzerne von 1990 auf 2000 von 2,9 % auf 2,8 % Anteil am Weltsozialprodukt zurück gegangen sind. Eine Zeile darüber ist zu lesen, dass der Anteil der 20 größten sogar von 1,8 auf 1,5 % gesunken ist. Doch eine Zeile tiefer wird der Witz dieser Statistik deutlich: Der Anteil der 100 größten Konzerne ist im selben Zeitraum von 3,5 auf 4,3 % gestiegen. Im Jahrzehnt der Globalisierung haben sich in allen Branchen Global Players gebildet, deren Phalanx eine immer größere Abteilung der Weltproduktion ausmacht, während die bisherigen Allergrößten demgegenüber anteilmäßig geringfügig zurücktreten. Es ist nicht leicht zu verstehen, dass ein Experte wie Tietmeyer diesen Zusammenhang nicht begriffen haben soll.) So behauptet Sinn in seinen Thesen zur Rettung Deutschlands unter Berufung auf Studien von Surjit Bhalla, "der Anteil der Menschheit, deren Realeinkommen unter einer standardisierten Ein-Dollar-pro-Tag-Grenze liegt, (ist) vom Jahr 1980 bis zum Jahr 2000 von 44 % auf 13 % gefallen".<sup>30</sup> Diese Behauptung ist objektiv unwahr. Im "Bericht über die menschliche Entwicklung 2003" dokumentiert UNDP, dass der Anteil dieser unter der absoluten Armutsgrenze lebenden Menschen im Jahr 2000 23,3 % ausmachte. Nimmt man China, das in den letzten zehn Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum von über 9 % eine Sonderentwicklung durchlief, heraus, dann liegt der Anteil sogar bei 25 %. Es handelt sich um 1,2 Milliarden Menschen. Lässt man wiederum China, das in der fraglichen Periode 150 Millionen Menschen über die absolute Ar-

24) Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: Arbeitsbeziehungen in Deutschland. Wandel durch Internationalisierung. Köln 2002, S. 16f

25) UNCTAD: World Investment Report 2002, S. 89

26) Vgl. Sinn, a.a.O., S. 61

27) Hans Tietmeyer: Global ist sozial. In: Cicero 6/2004, S. 116

28) A.a.O., S. 117

29) A.a.O., S. 117

30) Sinn, a.a.O., S. 87

mutsgrenze brachte, aus der Rechnung heraus, dann hat diese Form äußerster Armut in absoluten Zahlen in diesem Jahrzehnt forciert Globalisierung weltweit sogar um 28 Millionen zugenommen.<sup>31</sup>

Handelt es sich in diesem Fall um eine glatte Falsch-Behauptung der Globalisierungs-Propagandisten, so geht es im nächsten Beispiel um den unredlichen Umgang mit Statistiken. "(Die Globalisierung) ist ein erheblicher Beitrag zur Überwindung der Teilung der Welt in Arme und Reiche. Vor 20 Jahren bestand die Welt aus den 14 % Reichen, die in den OECD-Ländern lebten, und den 86 % Armen im Rest der Welt. Mit Indien, China, den südostasiatischen Tigerländern und den OECD-Staaten beträgt heute der Anteil der Menschen, die in Ländern leben, die die Armutsfalle überwunden haben, bereits 55 %." <sup>32</sup> Dieser statistische Vergleich ist deshalb irreführend, weil in ihm die gesamte Bevölkerung von Ländern, die in den Länderdurchschnitten über der Armutsgrenze liegen, den "Reichen" zugeschlagen, also die Ungleichverteilung von Einkommen innerhalb der Länder außer Acht gelassen wird. Misst man die Einkommensentwicklung unabhängig von Ländergrenzen direkt bezogen auf alle Weltbürger, dann "lässt sich ablesen, dass die globale Ungleichverteilung ... zwischen 1987 und 1998 gestiegen ist." <sup>33</sup> Festzustellen ist "ein zunehmendes Einkommensgefälle zwischen den Reichsten und Ärmsten... und ein Rückgang bei der mittleren Einkommensgruppe der Weltbevölkerung".<sup>34</sup>

Dieses wachsende Einkommensgefälle ist kennzeichnend sowohl für das Verhältnis zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern wie auch für die Lage in den Entwicklungsländern selbst. So ist "die Armut sogar in solchen Ländern angestiegen, in denen die Wirtschaft insgesamt gewachsen ist. In 33 von 66 Entwicklungsländern, für die Daten vorliegen, verschärfte sich über die letzten zwanzig Jahren das Ungleichgewicht bei den Einkommen."<sup>35</sup> Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen spricht von "Inseln verfestigter Armut" in diesen Ländern. Da es sich aber in der Regel um relativ kleine Wachstumszonen im Verhältnis zur gesamten Volkswirtschaft handelt, ist es wohl zutreffender, von "produktiven Inseln" inmitten eines Meeres größer werdenden Elends auszugehen.

Ein aufschlussreiches Beispiel liefert Indien, das mit seinen 520.000 IT-Ingenieuren zum Offshoring-Ziel Nr. 1 der IT-Industrie geworden ist. Ihren Wahlkampf 2004 stellte die bis dahin regierende Bharatiya Janata Party (BJP) unter den Slogan: "India shining". Die Partei des "strahlenden Indiens" erlitt eine verheerende Niederlage. Sieger wurde die Kongress-Partei, die das wachsende soziale Elend des Landes in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes rückte. Während die halbe Million IT-Ingenieure ihr für die Landesverhältnisse gutes Auskommen fand, hat sich die Lage der 600 Millionen Bauern durch die

erzwungene Öffnung des Landes für Kapital und Waren dramatisch verschlechtert. Eine durchschnittliche ländliche Familie hat heute 100 Kilogramm weniger im Jahr zu essen als noch Anfang der Neunzigerjahre.<sup>36</sup> 44 % der Bevölkerung, 450 Millionen Menschen, leben von maximal 1 Dollar pro Tag.<sup>37</sup> Auf dem "Index menschlicher Entwicklung", den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen nach den Kriterien Lebenserwartung, Alphabetisierung und Schulbesuch zusammen stellt, liegt Indien, das Dorado der globalen IT-Industrie, auf Platz 127, unmittelbar hinter Marokko, Betsuana und Namibien.<sup>38</sup>

Doch ist es nicht nur die ungleichmäßige Verteilung, die zu wachsender Armut führt. In vielen Ländern findet im Widerspruch zum Anspruch der Globalisierer auch kein allgemeines volkswirtschaftliches Wachstum statt. Während das Wachstum des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in 125 Entwicklungs- und Schwellenländern weniger als 3 Prozent betrug, ging es in 54 dieser Länder überhaupt zurück. Von diesen 54 Ländern mit gesunkenem Einkommen gehören 20 zu Afrika südlich der Sahara, 17 zu Osteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), sechs zu Lateinamerika und der Karibik, sechs zu Ostasien und dem Pazifikraum und fünf zu den arabischen Staaten.<sup>39</sup> Die Schwarzafrika-Staaten, die angeblich darunter leiden, dass sie die Globalisierung zu wenig erfasst hat, stellen also bloß ein rundes Drittel der Länder mit rückläufigem Wachstum. Im übrigen gehört die Exklusion von den globalen Märkten zum System der Globalisierung selbst. Wenn und solange die regionalen Märkte die internationalen Profitmarken nicht erreichen, werden sie vom globalen Kapital ausgeschlossen. (Von diesen Ländern zu verlangen, sie sollten doch, um ihre Lage zu verbessern, mehr am globalen Prozess teilnehmen, entspräche dem Rat an einen hierzulande in die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe Exkludierten, er möge doch gefälligst eine gut bezahlte Arbeit ergreifen.)

Wie falsch die Behauptung einer positiven Korrelation zwischen fortschreitender Globalisierung und sozialer Entwicklung ist, erweist sich nicht zuletzt in den jährlichen Übersichten des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten. Im Berichtszeitraum 2002 wurden Verletzungen der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in 133 Ländern dokumentiert.<sup>40</sup> Fast alle diese Verletzungen stehen in engstem Zusammenhang mit der Globalisierung. Vor allem die Schaffung von Freien Exportzonen (spanisch: maquilas), wo Entwicklungs- und Schwellenländer soziale und Umweltstandards radikal senken, um für ausländisches Kapital attraktiver zu werden, bilden Stätten schlimmster Verstöße gegen die internationalen Arbeitsnormen. Für Mexiko stellt der IBFG fest: "In den etwa 4.000 Maquila-

31) UNDP, a.a.O., S. 51

32) Sinn, a.a.O., S. 86f

33) UNDP, a.a.O., S. 49

34) A.a.O.

35) A.a.O., S. 7

36) Süddeutsche Zeitung, 4.6.2004

37) John P. Neelsen: Indien – zwischen Globalisierung und Fundamentalismus. In: Sozialismus 6/2004, S. 54

38) UNDP, a.a.O., S. 285. Ähnliche Probleme weist auch China auf. Trotz der Fortschritte im Bereich der absoluten Armut, reißt die Kluft zwischen den relativ kleinen städtischen Wachstumszonen und dem riesigen agrarischen Hinterland immer weiter auf. China belegt auf dem "Index menschlicher Entwicklung" Platz 104.

39) UNDP, a.a.O., S. 4

40) Jährliche Übersicht über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten 2003. IBFG – Abteilung Menschen- und Gewerkschaftsrechte. Brüssel 2003

doras des Landes sind Rechtsverletzungen an der Tagesordnung. Die Regierung unternimmt angesichts des massiven Kapitalzuströms nur äußerst wenig, um die Gesetzgebung dort in Kraft zu setzen. Seit Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) haben sich in Tijuana (Baja California) annähernd 3.000 Montagebetriebe angesiedelt. Einer von einer mexikanischen nichtstaatlichen Organisation durchgeführten Untersuchung zufolge erhalten mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte weniger als 6 Dollar pro Tag für ihre Arbeit unter häufig erbärmlichen Bedingungen, und lediglich 40 % von ihnen behalten ihren Arbeitsplatz länger als drei Monate. Unbezahlte Überstunden, sexuelle Belästigung, Diskriminierung, nicht vorhandener Arbeitsschutz sowie willkürliche Entlassungen sind lediglich einige Beispiele dafür, was die Beschäftigten in diesen Betrieben täglich erleben.<sup>41</sup>

Mexiko ist kein krasser Sonderfall, sondern widerspiegelt die Norm dieser Art von Auslandsinvestition. Für Nikaragua konstatiert der Bericht: "In vielen Fällen grenzen die Bedingungen in den Freien Exportzonen an zeitgenössische Formen der Sklaverei."<sup>42</sup> Den unter der Hoheit der US-Regierung stehenden Bund der Nördlichen Marianen haben die USA zu einem Zentrum der Textilindustrie ausgebaut. Dort herrscht "eine Art Vertragsknechtschaft", unter der sich Tausende ausländische Arbeitskräfte, vor allem Frauen aus Thailand, China, den Philippinen und Bangladesch verpflichten müssen, keine Lohnerhöhungen zu fordern, keinen anderen Arbeitsplatz zu suchen und keiner Gewerkschaft beizutreten.<sup>43</sup>

Den Anspruch der Globalisierer, ihre Politik würde den Wohlstand der Weltgesellschaft heben, widerlegt das Untersuchungsergebnis der Vereinten Nationen über die Entwicklung in den Neunzigerjahren:<sup>44</sup>

- Einkommensarmut: Die ohnehin hohen Armutsraten stiegen in 37 der 67 Länder, für die Daten vorliegen, weiter an.
- Hunger: In 19 Ländern leidet mehr als ein Viertel der Menschen unter Hunger, und die Situation wird nicht besser oder verschlechtert sich sogar.
- Überleben: In 14 Ländern stieg in den Neunzigerjahren die Sterblichkeit der Kinder unter fünf Jahren, und in sieben Ländern wird fast ein Viertel der Kinder den fünften Geburtstag nicht erleben.
- Wasser: Mehr als eine Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, und die Situation wird nicht besser oder verschlechtert sich sogar.
- Sanitärversorgung: 2,4 Milliarden Menschen fehlt der Zugang zu einer ausreichenden Sanitärversorgung, und die Situation wird nicht besser oder verschlechtert sich sogar.

---

Conrad Schuhler (Diplom-Volkswirt)  
ist Mitarbeiter des isw

---

41) A.a.O., S. 122

42) A.a.O., S. 125

43) A.a.O., S. 142

44) UNDP, S. 4, 12

Wigand Cramer

## "Ist Deutschland noch zu retten?" – vor wem oder was denn eigentlich?

Es begab sich am 4. April 2004 in der Talkshow von Frau Christiansen, dass dort am Abend nach dem Aktionstag der europäischen Gewerkschaften zur Verteidigung des europäischen Sozialstaats neben anderen der Sprecher von ATTAC und Prof. Dr. H-W. Sinn zu Gast waren, um sich mit dem Umstand auseinanderzusetzen, dass der in allen Medien massiv propagierte neoliberale gesellschaftliche Reformkonsens plötzlich von Millionen Menschen deutschland- und europaweit in Frage gestellt wurde. Als dieser Reformkonsens seitens des ATTAC-Sprechers als das kommentiert wurde, was er ist, nämlich ein massiver Umverteilungsprozess zugunsten von Kapitaleinkommen und zu Ungunsten von Arbeits- und Transfereinkommen, fiel Professor Sinn ihm in einem selbst für die genannte Sendung, die sich ja nicht gerade durch ein akademisch geprägtes Diskursklima auszeichnet, ungewöhnlich harschen Tonfall ins Wort mit der Bemerkung, der Sozialismus sei ein für alle mal erledigt, so dass sich solcherlei Gerede verbiete.

Den Kenner des Sinnschen Denkens überrascht dieser Ausfall nicht. Seinem Buch "Kaltstart"<sup>1</sup>, das im August 1991 erschien und bereits die wesentlichen Thesen und Aktionsvorschläge des späteren Werkes "Ist Deutschland noch zu retten?" enthält, stellt er im ersten Kapitel unter der Überschrift "Revolution und Vereinigung" eine eher geschichtsphilosophische Betrachtung voran, die den Zusammenbruch des Sozialismus feiert, indem sie nicht ohne Charme versucht, Marx quasi von den Füßen auf den Kopf zu stellen. "Wären die Menschen reine Altruisten, so wären Leistungsanreize überflüssig. ... In der Tat geht die kommunistische im Gegensatz zur christlichen Lehre ja auch vom Bild des "guten" Menschen aus. Aber leider ist der Mensch nicht gut, er ist ein Egoist. Ein ökonomisches System kann in der arbeitsteiligen Massengesellschaft nur dann Erfolg haben, wenn es auf einem realistischen Menschenbild basiert, nicht auf einem Wunschtraum. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist ein solches System."<sup>2</sup> "Der Widerspruch zwischen materieller Basis (unzureichend, d.V.) und ideologischem Überbau (egalitär, d.V.), der sämtliche kommunistischen Wirtschaftssysteme kennzeichnet, hat zu den osteuropäischen Revolutionen des Jahres 1989 geführt. Durch diese Revolutionen wurde der ideologische Überbau der kapitalistischen Marktwirtschaft eingeführt, und der Widerspruch wurde beseitigt. So gesehen hat sich der Marxismus mit seiner Abschaffung selbst bestätigt."<sup>3</sup>

### Marx von den Füßen auf den Kopf

Diese endgültige, weil eigenhändige, Abschaffung des Marxismus ermutigt den Professor nun bereits 1991 dazu, von der Politik die rasche Ernte der Früchte dieser historischen Selbstentlebung einzufordern: Da die kapitalistische Weltordnung nun ohne Alternative sei, ist es an der Zeit, dem segensreichen Wirken des Egoismus auch noch die Fesseln zu nehmen, die ihm durch 200 Jahre Gewerkschafts- oder Arbeiterbewegung auch in den nunmehr "siegreichen" kapitalistischen Gesellschaften angelegt wurden: Den Sozialstaat und die Gewerkschaften. Hatte Sinn schon 1991 in "Kaltstart" behauptet, dass die Lohndifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland unter den Bedingungen der Wiedervereinigung auch dazu genutzt werden könne, die westdeutschen Löhne um immerhin 6 bis 8 % zu senken und die ostdeutschen bei 50 % des Westniveaus einzufrieren, so hat er – nicht nur diesen – Gedanken in dem Werk "Ist Deutschland noch zu retten?" zu einem, wie man feststellen muss, sehr erfolgreichen politischen Konzept entwickelt, das sich im ökonomischen und politischen Handeln der letzten Jahre allenthalben wiederfindet: Von der Bierdeckelsteuer des Friedrich Merz bis zu den mittels Abwanderungsdrohungen erpressten Arbeitszeitverlängerungen, von der Absenkung der Arbeitslosenunterstützung durch Hartz III (Verkürzung des Arbeitslosengeldbezuges auf 12 Monate) und IV (ökonomisch forciertes Arbeitszwang), von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis zum Zuwanderungsgesetz, es fehlt keine der aktuellen reformpolitischen Grausamkeiten. Insofern ist dem Werk zumindest zugute zu halten, dass dessen Lektüre hilfreich ist, sich sowohl auf aktuelle wie auf kommende "Reformen" vorzubereiten.<sup>4</sup>

"Das 6+1 Programm für den Neuanfang"<sup>5</sup> ist die Zusammenfassung dieses Politikkonzeptes zur Rettung Deutschlands betitelt. Sie wird hier ausführlich zitiert und dient zugleich als Gliederung einer Analyse, die sich weniger mit den zugrunde liegenden neoliberalen Theorien, als mit deren praktischer Umsetzung in Politikberatung befassen soll.

#### "TOP 1:

Kehrtwende bei den Tarifvereinbarungen  
Länger arbeiten, mindestens 42 Stunden  
Sparlohn statt Barlohn  
Mitbeteiligung statt Mitbestimmung

1) Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn: Kaltstart, Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, München 1991

2) a.a.O., Seite 3

3) a.a.O., Seite 5. Aufschluss- und kenntnisreich auch die folgende politische Einschätzung der "Selbstaufgabe" der Sowjetunion: "Wohlgeschult in der Philosophie des dialektischen Materialismus hat der damalige Generalsekretär Gorbatschow die Unausweichlichkeit des kommunistischen Niedergangs erkannt und entsprechend gehandelt." Seite 10: "Zu sagen, dass der kommunistische Geschichtsfatalismus den Wandel erleichtert hat, heißt nicht, ihm eine ursächliche Bedeutung zuzuschreiben. Tatsächlich war es der Druck der entmündigten und zur Armut verdammt Massen, der den Kommunismus hinweggefegt hat."

4) Oder anders gesagt, hätten die Strategen der Gewerkschaften das Werk genauso aufmerksam gelesen wie dies laut Klappentext die Herren Heinrich von Pierer (Siemens), Lothar Späth (Jenoptik), Dieter Rampl (Hypobank), Roland Berger (Roland Berger Consult), Hans-Olaf Henkel (Leibniz Gesellschaft), Claus von Dohnany (Club of Rome), Bruno S. Prey (Universität Zürich), die allerdings mit durchgängiger Begeisterung, getan haben, so wäre manche Ungeschicklichkeit der vergangenen Monat vielleicht vermeidbar gewesen.

5) Ist Deutschland noch zu retten? München 2003, Seite 451 ff.

**TOP 2:**

Weniger Macht für die Gewerkschaften  
Weg mit dem starren Flächentarif, mehr Tarifautonomie für die Betriebe  
Unbefristete Verträge statt Kündigungsschutz

**TOP 3:**

Weniger Geld für das Nichtstun, mehr Geld für Jobs  
Aktivierende Sozialhilfe: Hilfe zur Selbsthilfe  
Frühverrentung ja, aber ganz anders

**TOP 4:**

Den Zuwanderungsmagneten abschalten  
Verzögerte Integration in das Sozialsystem  
Sozialunion Europa? – eine Katastrophe

**TOP 5:**

Eine wirklich radikale Steuerreform  
Weniger Staat und weniger Steuern  
Die Einfachsteuer des ifo Instituts

**TOP 6:**

Mehr Kinder, mehr Rente, mehr Fortschritt  
Von Frankreich lernen  
Ein neues Rentensystem auf vier Säulen

**TOP 6+1:**

Neuer Schwung in den neuen Ländern  
Aktivierende Sozialhilfe zum Schutz vor Niedriglöhnern aus Polen und Tschechien  
Mitbeteiligung: Im Osten ein Auftrag von Verfassungsrang" <sup>6</sup>

Die Aufstellung macht zunächst einmal deutlich, was denn da gerettet werden soll. Es ist nicht die deutsche Kultur, der deutsche Sozialstaat, das deutsche Bildungswesen oder der deutsche Fußball,<sup>7</sup> es ist der deutsche Wirtschaftsraum als Ort für profitierliches kapitalistisches Wirtschaften. "Die notwendigen Reformen konzentrieren sich auf den Arbeitsmarkt, denn Arbeit ist die Quelle des Wohlstandes, die Kosten der Arbeit sind die einzigen relevanten Standortkosten im internationalen Wettbewerb...<sup>8</sup> Das Hauptproblem liegt bei den Lohnkosten."<sup>9</sup> Nur wenn die Lohnkosten drastisch sinken, kann die notleidende deutsche Wirtschaft sich womöglich aus ihrer hoffnungslosen Lage retten. Und die Schuldigen sind rasch identifiziert. "Der Grund für die hohen Arbeitskosten liegt einerseits in einer hemmungslosen Kartellpolitik der Gewerkschaften, die für die beschäftigten Arbeiter zu Lasten ihrer Kollegen vor den Werkstoren herausgeholt haben, was nur eben ging. Andererseits liegt er beim Sozialstaat... Niedriglohnwettbewerber aus aller Welt bedrängen die deutschen Unternehmen auf ihren Absatzmärkten, der Hochlohnwettbewerber Sozialstaat bedrängt sie auf dem heimischen Arbeitsmarkt."<sup>10</sup> Über die ökonomische Haltlosigkeit, mit der die These, dass die deutsche Wirtschaft international nicht konkurrenzfähig sei, zu untermauern versucht wird, ist an anderer Stelle in diesem Band eingegangen worden.

Das soll hier nicht wiederholt werden. Vielmehr soll dargestellt werden, wie diese These mit einer höchst geschickten Argumentationsweise in konkrete Handlungs- und Propagandaanweisungen umgesetzt wird, die von allerlei Politikern 1:1 übernommen wurden, aber auch zum Beispiel den Spiegelredakteur Steingart im Frühjahr 2004 bei seiner Serie über den Wirtschaftsstandort Deutschland angeleitet haben mögen.

Die Grundthese ist ja eigentlich simpel: Einerseits treibt das "Kartell" der Gewerkschaften die Lohnkosten in die Höhe, was ja zunächst eine zudem verfassungsmäßig geschützte Aufgabe derselben ist. Andererseits verhindert der Sozialstaat mit Transferleistungen vom Arbeitslosengeld bis zur Vorruhestandsregelung, dass dieses "Kartell" gebrochen werden kann, weil sich die Empfänger dieser Leistungen eben nicht als Preisbrecher auf dem Arbeitsmarkt betätigen und so die Gewerkschaften schwächen. Ergo, so Sinn, muss man an beiden Enden dieses Mechanismus anpacken, um den Preis der allein Wohlstand schaffenden Arbeit zu senken.

### Unentgeltliche Mehrarbeit wird zum Renner

Mit dem ersten Hebel, Schwächung der Gewerkschaften, beschäftigen sich die ersten zwei Programmpunkte. "Wenn man den Lohnabstand ..., der sich seitdem aufgebaut hat, kompensieren möchte, müssten die Arbeitgeberbeiträge zur Renten- und Krankenversicherung von den Arbeitnehmern übernommen werden, oder die Löhne müssen elf Jahre um je einen Prozentpunkt langsamer wachsen als die Produktivität. Schneller und einfacher ist das Ziel erreichbar, wenn die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlängert wird."<sup>11</sup> Während die erste Idee, Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung bei Zahnersatz und Krankengeld erst in bescheidenem Umfang, immerhin aber doch schon auf dem Wege der Umsetzung ist, hat sich der Vorschlag zur unentgeltlichen Mehrarbeit als klarer Renner erwiesen. Ein bisschen mehr arbeiten bei gleichem Lohn tut doch nicht weh, ist die Propagandalinie, die mit massiven Entlassungsdrohungen untermauert wird. Das Bestechende an diesem Vorschlag ist zunächst, dass die Lohnsenkung zwar kollektiv und beim Profit unmittelbar wirksam wird, individuell aber scheinbar nicht gespürt wird,<sup>12</sup> weil man ja das gleiche Geld bekommt. Zudem müssen die Banken nicht unmittelbar um ihre ausgeteilten Kredite für Immobilien oder Fahrzeuge fürchten. So wird es möglich, die Solidarität zu brechen, indem die Kürzung nicht als unmittelbar konkrete Bedrohung daherkommt, sondern abstrakt gehalten wird. Zwar fordert Sinn zunächst die Tarifpartner auf, dieses Problem allein zu lösen. Doch sollte das nicht klappen, wird der Ruf nach dem Staat nicht unterdrückt: "Allzu feinfühlig braucht auch der Staat in diesem Punkte nicht vorzugehen,<sup>13</sup> denn es liegt eindeutig ein Notstand vor, der Rücksicht-

6) A.a.O.

7) Wäre angesichts des Abschneidens bei der Europameisterschaft auch ziemlich aussichtslos, wobei anzumerken ist, dass das nur für den Männerfußball gilt, die Frauen sind immerhin Weltmeister.

8) Während man der These, dass einzig Arbeit Wohlstand schaffe, ja zustimmen möchte, ist die Behauptung, deren Kosten seien der "einzig" relevante Konkurrenzfaktor natürlich absurd. Schon mal was von Produktivität gehört?

9) A.a.O., Seite 452

10) A.a.O., Seite 452-453

11) A.a.O., Seite 455

12) Was im übrigen gar nicht stimmt: In den Siemens-Werken Bocholt und Kamp-Lintfort hat die Verlängerung der Arbeitszeit um 5 Stunden zu einem 3-Schichtmodell geführt, dass z.B. nach sechs Arbeitstagen in Nachtschicht mit nur einem freien Tag in die Spätschicht führt und spürbar extrem belastend ist.

13) Was der Staat auch nicht tut, sofern er selbst als Arbeitgeber auftritt: z.B. Bayern: 42 Stunden für Beamte seit dem 1.9.2004

nahme auf partikulare Interessen verbietet." <sup>14</sup> So also ist Deutschland zu retten, der Notstand erfordert es, dass partikulare Interessen unterdrückt werden, und seien es die der Mehrheit der Bevölkerung.

Sollten die Gewerkschaften sich indessen als notstandsfest erweisen, was ja noch nicht abschließend geklärt ist, so wird ihnen im zweiten Programmpunkt der Garaus angedroht: Die gesetzliche Einführung betrieblicher Öffnungsklauseln zwecks Unterbietung bestehender Tarifverträge, eine Forderung, die ja in der Agenda 2010 bereits enthalten und fester Bestandteil der Programmatik der CDU ist. "Angesichts der rasch wachsenden Zahl der Konkurse deutscher Unternehmen sind betriebliche Öffnungsklauseln eine akut erforderliche Notmaßnahme zur Abwendung größeren Unglücks. Tausende von Unternehmenspleiten<sup>15</sup> könnten verhindert werden, wenn der Gesetzgeber schnell handelt und den Arbeitnehmern das Recht geben würde, ihren Unternehmen durch Lohnzurückhaltung zu helfen." Womit wir vom Notstand bei der Notverordnung gelandet wären, die es möglich macht, dass Beschäftigte bei Siemens "ihrem" Unternehmen qua Lohnverzicht dabei helfen, massive Fehler bei der Produktentwicklung von Mobiltelefonen<sup>16</sup> auszugleichen, oder die Kollegen bei DaimlerChrysler in Lage versetzt, eine großwahnsinnige Weltkonzernstrategie im gleichen Wege zu bezahlen.

Sollte diese massive Spaltung der industrie- oder zumindest branchenweiten Solidarität qua staatlichem Eingriff in die Tarifautonomie nicht reichen, wird als zweites unter der irreführenden Überschrift "Unbefristete Verträge statt Kündigungsschutz" für die völlige Abschaffung des letzteren geworben. "Unternehmer und Arbeitnehmer sollten nach eigenen Präferenzen befristete Verträge, unbefristete Verträge oder auch Verträge mit vollem Kündigungsschutz abschließen dürfen... In der Praxis werden sich dann unbefristete Verträge durchsetzen... Die Abschaffung des gesetzlichen Kündigungsschutzes wird die Gewerkschaften zur Lohnmäßigung und die Unternehmen ... zur Schaffung von Arbeitsplätzen veranlassen ... weil sie flexibler auf unerwartete Änderungen der Absatzlage reagieren können. Schließlich wird sie die Arbeitsanreize steigern, weil jeder Arbeitnehmer die Konsequenzen eines fehlenden Engagements vor Augen hätte."<sup>17</sup> Während die Disziplinierung der Gewerkschaften und der individuellen Arbeitnehmer durch Wegfall des Kündigungsschutzes plausibel erscheint, widerlegt der Text die Behauptung über die wahrscheinliche Durchsetzung unbefristeter Verträge selbst mit der Feststellung, dass diese gemäß Auftragslage befristet gehandhabt werden. Eine nette Definition von "unbefristet".

### Weniger Geld für das Nichtstun ....

Wie auch immer, der Autor hat jedenfalls ein klares Verständnis vom Arbeitsregime in den Fabriken und Büros, das auf die völlige Abschaffung kollektiver Interessenvertretung und damit bedingungslose Auslieferung des ein-

zelnen Arbeitnehmers hinausläuft. Warum sollte es da denen, die nicht das Glück einer Beschäftigung haben, besser gehen?

"Weniger Geld für das Nichtstun, mehr Geld für Jobs" ist der dritte Programmpunkt zur Senkung des Lohnniveaus überschrieben. "Von zentraler Bedeutung für die Gesundung des Arbeitsmarktes sind Schritte, die vom Lohnersatz zur Lohnergänzung führen. Der Lohnersatz in Form des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe und der Frührente ist der Hauptgrund dafür, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland nicht funktioniert.... folglich will man von seinem privaten Arbeitgeber wenigstens so viel Arbeitslohn erhalten, wie der Staat fürs Nichtstun bezahlt." <sup>18</sup> So also soll der deutsche Arbeitsmarkt genesen, indem "aktivierende" Sozialhilfe ergänzt wird durch Lohnzuschüsse. Der private Arbeitgeber soll nicht mehr den vollen Lohn zahlen, sondern nur den so genannten "markträumenden". Die Differenz zu dem zur Lebenshaltung erforderlichen Minimum soll der Staat resp. die Sozialversicherung zuschießen.

Um dieses absurde Subventionsmodell zu rechtfertigen, werden eine Reihe inzwischen populär gewordener Schwindeleien in Stellung gebracht. Die erste ist die, dass der Staat angeblich fürs Nichtstun bezahle. Das tut er im Falle von Versicherungsleistungen zweifellos zumindest nach geltendem bürgerlichen Recht aber nicht, stehen diese Leistungen doch in direktem Zusammenhang mit zuvor gezahlten Beiträgen. Und selbst im Falle der Sozialhilfe ist die Leistung zum Lebensunterhalt ein verfassungsmäßiges Recht auf menschenwürdige Behandlung aller Mitglieder der Gesellschaft. Es wird also nicht Nichtstun bezahlt, sondern das Risiko, Nichts tun zu dürfen, versicherungsmäßig oder gesellschaftlich beschränkt. Doch die Verdrehung der rechtlichen Grundlagen folgt einem klaren Zweck: Wenn der "Staat" eh bezahlt, dann muss er dafür eine Gegenleistung erhalten. Und diese kann nach Lage der Dinge nur in Arbeit bestehen. "Im neuen System bekommt man die maximale Hilfe nur, wenn man arbeitet. Jeder muss nach seinen Fähigkeiten arbeiten, ... und wer dabei nicht genug verdient, der bekommt vom Staat noch etwas hinzu." <sup>19</sup>

Der mit Hartz III und IV (Zumutbarkeit, 1-Euro-Jobs) ja schon auf den Weg gebrachte faktische Arbeitszwang wird aber keineswegs nur aus Neid auf die "Nichtstuer" ins Spiel gebracht, er dient genau wie der Vorschlag, die Frühverrentung dadurch abzuschaffen, dass sofort die vollen mathematischen Abschläge bei der Rente angewandt werden, vor allem als Angriff auf die – natürlich zu hohen – Industrielöhne. Erst wenn das vom ifo-Institut errechnete Sozialhilfeniveau von ca. 1.500 Euro für eine vierköpfige Familie, das einen faktischen Mindestlohn darstellt, gesenkt wird, entsteht ein ausreichender Druck auf die Industrielöhne. "Dann werden sich ... die Löhne nicht mehr so rasch erhöhen, wie wir das bislang gewohnt waren, und insbesondere wird die Spreizung der Löhne zwischen der einfachen Arbeit und der qualifizierten Arbeit zunehmen, aber dennoch wird Deutsch-

14) A.a.O., Seite 456

15) Interessant nebenbei: In der Insolvenzstatistik vom Juni 2004 hat die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erstmals nicht mehr zugenommen, die der Privatinsolvenzen allerdings stark.

16) Das Produkt, das jetzt in 40-Stundenwochen produziert werden sollte, musste nach großspuriger Markteinführung zurückgezogen werden, weil es einen Fehler enthielt, der das Trommelfell der Kunden gefährdet. Soviel zum Thema Innovation durch Lohnverzicht.

17) A.a.O., Seite 459

18) ebenda, Seite 460

19) ebenda, Seite 463, 464

land von den allgemeinen Handelsvorteilen profitieren, die sich aus der Globalisierung ergeben. Diese Vorteile werden sich freilich vornehmlich in einem Anstieg der Kapitaleinkommen zeigen. Die Kapitaleinkommen werden durch den Prozess stärker steigen als die Löhne zurückfallen. Insofern steigt das Sozialprodukt, der Wohlstand der Deutschen in seiner Gesamtheit nimmt schneller zu...<sup>20</sup> Erst die Schaffung eines mittels der nackten Angst um die Existenz motivierten Niedriglohnssektors wird also den Wohlstand der Deutschen insgesamt vermehren, allerdings nur im Saldo, nicht bei den Lohneinkommen, die "fallen zurück".

Und so geht es munter weiter. Im vierten Aktionspunkt sind die Zuwanderer dran, die angeblich eine Wanderungsprämie erhalten. "Die Wanderungsprämie betrug nach einer Berechnung des ifo-Institutes im Jahr 1977, bei Migranten, die weniger als zehn Jahre in Deutschland waren, 2.400 Euro im Jahr, was bei einer fünfköpfigen Familie ... knapp 120.000 Euro entspricht... Deshalb dürfen Migranten nur verzögert in das deutsche Sozialsystem integriert werden... sind die steuerfinanzierten Transferleistungen so zu begrenzen, das die finanzielle Bilanz des Staates ... ausgeglichen wird. Das Wohngeld, ... Bezug von Sozialwohnungen, Kindergeld für im Ausland verbliebene Kinder und Ähnliches gehört zur Liste der Posten, die man streichen muss."<sup>21</sup> Neben den mittels aktivierender Sozialhilfe ans Arbeiten gebrachten Niedriglöhnern sollen also die Migranten in guter deutscher Tradition zum Wohlstand der Deutschen insgesamt nur dann beitragen dürfen, wenn sie den Staat nichts kosten.

## Die Bierdeckel-Formel

Aktionspunkt 5 schließlich beschreibt exakt die von CDU-Fraktionsvize Friedrich Merz 2004 ins Gespräch gebrachte Bierdeckelsteuer mit Sätzen von 0 % bis 7.500 Euro, 15 % bis 17.500 Euro, 25 % bis 35.000 Euro sowie 35 % darüber, finanziert durch Streichung von "Subventionen" wie Werbekosten für Arbeitnehmer oder Steuerbefreiung von Nacht- und Feiertagszuschlägen, die nach den berüchtigten Berechnungen des ifo-Institutes 32 Mrd. Euro netto wohl überwiegend in die Kassen der Bezieher von Kapitaleinkommen spülen würde. "... könnte mit der Steuerreform der Neubeginn in einer Welt mit weniger Staat, mehr Eigeninitiative und mehr Wachstum eingeleitet werden."<sup>22</sup> Nachdem der Staat mittels Eingriffen in die Tarifautonomie und Streichung von sozialer Sicherung bei Senkung sowie Spreizung der Löhne seine Schuldigkeit am deutschen Wohlstand getan hat, soll er sich tunlichst die Grundlagen seiner eigenen Finanzierung selbst entziehen und seine Verantwortung für die Gesellschaft den Marktkräften überlassen, die schon dafür sorgen werden, dass die frei werdenden Mittel eher auf Seiten der Kapitaleinkommen landen.

Aktionspunkt 6 widmet sich der Lösung des so genannten demographischen Problems. Die Vorschläge hierzu sind vom bekannten Muster. Zunächst die Verdrehung

der Realität, indem von der Rentenversicherung zunächst unter anderem behauptet wird, " ... sie ist zugleich eine Versicherung gegen Kinderlosigkeit, weil sie diejenigen, die keine Kinder haben können, in die Lage versetzt, sich von Kindern anderer Leute ernähren zu lassen... Folge ist, dass das natürliche ökonomische Motiv, Kinder in die Welt zu setzen, ... , vollständig aus dem Bewusstsein junger Paare verdrängt wurde."<sup>23</sup> Fettlebe auf Kosten der Arbeit fremder Kinder, wird da unerschwerlich angedeutet. Nicht die Zwänge und Unsicherheiten der kapitalistischen Ökonomie führen zu Geburtenrückgang, sondern die Absicherung gegen deren Folgen. So hat es auch der Vorschlag, wie das verlorene ökonomische Bewusstsein wiederzugewinnen sei, in sich: Absenkung des allgemeinen Rentenniveaus einschließlich der Beamtenpensionen auf 50 % des heutigen, Einführung einer beitragsunabhängigen (minimalen) Rente fürs Kinderkriegen sowie der Verweis auf die private Versicherungswirtschaft. Es sei darauf verwiesen, was eigentlich jedem Volkswirt klar sein sollte: Egal ob man in einer gegebenen Gesellschaft die Altersversorgung per Umlage oder per Kapitaldeckung finanziert, die Rentenzahlungen des Jahres 2035 müssen aus dem erwirtschafteten Volkseinkommen des Jahres 2035 bezahlt werden, bei Kapitaldeckung halt als Zins, der auf das eingezahlte Kapital gezahlt werden muss. Der – übrigens auch laut Rentenpapst Rürup – einzige denkbare Vorteil einer Kapitaldeckung wäre es, dass diese Zinsen ja auch im Ausland, also in Indien oder China erwirtschaftet werden könnten,<sup>24</sup> was abermals ein etwas degoutantes Licht auf den spezifisch "deutschen" Blickwinkel des ökonomischen Rettungsversuchs wirft.

Der Programmpunkt 6+1 schließlich befasst sich mit den spezifischen Möglichkeiten neoliberalen Durchgriffs in den neuen Ländern, die ja angesichts mehr als dreimal so hoher Arbeitslosigkeit hoffnungsvoll erscheinen. So werden denn als sogenannte Sonderregelungen vor allem zwei Maßnahmen zur Lohnsenkung vorgeschlagen: Flächendeckende Lohnsubventionen in Höhe der jetzigen Sozialhilfe und Lohnverzicht durch Umwandlung von Barlohn in Investivlohn. Ersteres kennen wir schon aus Punkt 3, neu ist nur die Dimension. Letzteres, also die Umwandlung eines Teils des Lohnes in Firmenanteile, wird zwar elegant mit dem Artikel 25 des Einigungsvertrages begründet, der die Verteilung von Anteilsrechten an ehemalige DDR-Bürger zumindest nicht ausschließt, und ist auch angesichts der durchschnittlichen Subventionen von 30 % der Investitionssumme geradezu naheliegend, aber Sinn wäre nicht Sinn, wenn er sich davon nicht vor allem einen verstärkten Druck auf alle "deutschen" Löhne verspräche.

## Das Völkische am Neoliberalismus

"Diesmal führt an einem harten ökonomischen Erneuerungskurs, der Sozialromantik beiseite lässt und den Realitäten ins Auge schaut, kein Weg vorbei."<sup>25</sup> Dass diese "Realitäten" ökonomisch höchst zweifelhaft und auch

20) ebenda, Seite 92,93

21) A.a.O., Seite 466, 467

22) Seite 329

23) Seite 473

24) .. während man den Weltmarkt schlecht in ein Umlageverfahren integrieren könnte. Zumindest ist der Versuch schon zweimal gescheitert.

25) A.a.O., Seite 485

nicht sonderlich originell dargestellt werden, wurde an anderer Stelle analysiert. Es fragt sich also, was macht den durchschlagenden Erfolg dieses Werkes aus, der ja nicht bestreitbar ist? Ob die SPD mit der Agenda 2010, die CDU mit Bierdeckelsteuer und Kündigungsschutzlosigkeit, die profitablen deutschen Großkonzerne mit der Arbeitszeitverlängerung, Kranken- oder Rentenversicherungsreform, ob Arbeitszeitverlängerung für Beamte oder Arbeitsdienst für Sozialhilfeempfänger, alle diese Vorschläge befinden sich in der Umsetzung in gesellschaftliche Realität.

Nun, zum einen ist es wohl die Nonchalance, mit der hier unter schwer wissenschaftlichem Gehabe mit billigen Vorurteilen und Ressentiments gespielt wird. Geld für Nichtstun, Rente von fremden Kindern, Migranten, die 120.000 Euro in die Türkei abschleppen, Gewerkschaften, die die Arbeitslosen vor den Werkstoren verrecken lassen und die Belegschaften entmündigen, weil sie sie am Lohnverzicht hindern, es wird wenig ausgelassen.

Zum zweiten ist es das wortreiche Beschwören der Alternativlosigkeit,<sup>26</sup> die sich ganz fundamental aus der "schlechten" egoistischen Natur des Menschen ergibt, die nur mit den Mitteln der kapitalistischen Konkurrenz zu bändigen sei. Sich der Maßlosigkeit dieses systematisierten Egoismus entgegenzustellen, wird – zumal im Zeitalter der Globalisierung – als vollkommen aussichtslos hingestellt. Die einzige Chance, diesen Dämon zu besänftigen, ist es angeblich, ihm zu opfern, sei es Arbeits- oder Lebenszeit, sei es schlicht Geld.

Zum dritten ist es wohl die kompromisslose Härte, mit der da gegen die "Sozialromantik" zu Felde gezogen wird, die vor allem Politikern gefallen mag.

Und schließlich steht zu befürchten, dass der von Argumentation und Tonfall her auffällige Bezug auf "Deutschland", die deutschen Löhne, die deutschen Unternehmen etc. das schale Gefühl vermittelt, dass "Wir Deutschen" uns in dieser unwirtlichen aber unvermeidbaren globalen kapitalistischen Welt schon ein wenig Heimat bewahren können, wenn wir uns nur am Riemen reißen.

"Hoffentlich trägt dieses Buch dazu bei, den Mut zur Veränderung beim deutschen Volk zu stärken und diesmal alles auf die Karte der Marktwirtschaft zu setzen."<sup>27</sup>

Mit deutschem Mut alles auf eine Karte gesetzt, so lautet zumindest der Schlussappell des Professors. Ein bisschen unheimlich klingt das schon.

---

Wigand Cramer, Diplom-Soziologe, Diplom-Volkswirt;  
IG Metall Bezirksleitung Berlin-Brandenburg

---

26) Auch bekannt aus England unter Maggie Thatcher und Tony Blair, TINA-Syndrom genannt, There Is No Alternative"

27) A.a.O., Seite 485



**isw-report** ISSN 1614-9289

- ..... report 73: **Klima-Killer Konzerne** Wie Konzerne und Marktwirtschaft das Klima kaputt machen (April 2008) Sonderpreis 2,00 EUR + Vers.
- ..... report 74: **Neoliberalismus, Demokratieabbau, Neofaschismus** Doku des 16. isw-forums (Juni 2008) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- ..... report 76: **Krise. Rezession. Absturz. – Wege aus der Krise** (April 2009) Sonderpreis 2,00 EUR + Versand
- ..... report 77: **Die kapitalistische Krise und die neue globale Machtverteilung** Doku des 17. isw-forums (Juni 2009) SP 1,00 EUR + Vers.
- ..... report 78: **Die Große Krise und die Lähmung der Gewerkschaften** (September 2009) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- ..... report 79: **Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung** (Januar 2010) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 81: **Besser – kürzer – arbeiten.** Die Große Krise und die Zukunft der Arbeit (Doku 18. isw-forum) Juli 2010 / 3,00 EUR + Versand
- ..... report 82: **Die Mär von der Zähmung der Finanzmärkte.** Der Countdown zur nächsten Krise läuft (November 2010) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 83/84: **China. Krise als Chance? Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht** (Dezember 2010) 5,00 EUR + Versand
- ..... report 85: **Scheitern EURO und EU?** Doku des 19. isw-forums (Juni 2011) 3,00 EUR + Versand
- ..... report 86: **Die arabischen Revolten und der Westen** (Sept. 2011) Sonderpreis: 1,00 EUR + Versand
- ..... report 87: **ABC der Schulden- und Finanzkrise** (Dezember 2011) 4,00 EUR + Versand
- ..... report 88: **Welt-Einkommensverteilung.** In den Nationen immer ungleicher. Schwellenländer holen auf (März 2012) 3,00 EUR + Versand
- ..... report 89: **Dringend gesucht: Alternative zum Kapitalismus. Doku des 20. isw-forums** (Juni 2012) 2,50 EUR + Versand
- ..... report 90: **Euro-Zone: Inkassobüro für die Banken? Zerbricht der Euro? Kraft für ein soziales Europa?** (Sept. 2012) 3,00 EUR + V.
- ..... report 91: **Grüne Wende. Neue Farbe oder neues System?** (Dez. 2012) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 3,50 EUR
- ..... report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 2,50 EUR
- ..... report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 3,50 EUR
- ..... report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR
- ..... report 96: **Widerstand – Kapitalismus oder Demokratie** (März 2014) 3,50 Euro + Versand

**isw-spezial** ISSN 1614-9270

- ..... Nr. 20: **Die Entwicklungsländer im System von WTO u. IWF** (April 2007) 4 EUR + Versand
- ..... Nr. 21: **Mit Hochgeschwindigkeit aufs falsche Gleis** Bahnprivatisierung (Sept. '07) Mithrsg: Bündnis Bahn für Alle 1,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 23: **Wendejahre in Osteuropa** Zusammenbruch, Transformation, Wirtschaftskrise (November 2009) 1,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 24: Für die Krise zahlen? Nein! **Wie die Linke in Europa gegen die Sparprogramme mobil macht** (Sept. 2010) 2,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 25: **Arbeitskämpfe in China.** Chinas Gewerkschaften in der Transformation (Dezember 2011) 4,50 EUR + Versand
- ..... Nr. 26: **Die Herren des Geldes – Reichtum und Macht des 1 %** (März 2012) 2,50 EUR + Versand
- ..... Nr. 27: **Wettbewerb schadet der Gesundheit.** Eine Analyse der Gesundheitspolitik in Deutschland (Juni 2013) 3,00 EUR + Versand

**isw-wirtschaftsinfo** ISSN 1614-9262

- ..... Nr. 48: **Bilanz 2013 – Ausblick 2014** zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in **Deutschland u. Euro-Zone** (April 2013) 4,00 EUR + V.
- ..... **CD:** alle Grafiken aus wirtschaftsinfo 48 (Powerpoint) 5,00 EUR + Versand

**isw-forschungshefte** ISSN 1614-9254

- ..... Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschafts-ideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand

**isw-Grafik-Report** ISSN 1867-7363

- ..... Nr. 12: **NATO. Rüstung. Krieg.** (Januar 2009) Sonderpreis 3,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe  
[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

**Ich bestelle die oben angekreuzten Titel**

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"**

ab isw-report  96 /  97 /  98 /  99  
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- Ich zahle nach Rechnungstellung
- Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

**Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden**

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab .....(Monat/Jahr)  
mit einer monatlichen Spende von ..... EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden  
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

Ich zahle nach Rechnungstellung  
 Ich zahle per Dauerauftrag  
 Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab

Die Abbuchung soll erfolgen:  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat** (Einzugsermächtigung)

Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entschieden haben, schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer sowie den Abbuchungstermin.





**NO JUSTICE  
NO PEACE!**

<http://www.isw-muenchen.de>

ISSN: 1614-9289